

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,20 M., bei allen Postbezügen monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Kreuzband für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 15.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate haben die nachstehende Tarifbestimmung. Deren Raum einseitig. Textzeilen 10 bis 15 Zeilen, das festgesetzte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pf. Familien- und Organisationsanzeigen die nachstehenden Tarifbestimmung 2,40 M., das festgesetzte Wort 25 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Insetts für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2895-90, 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Totengräber des deutschen Volkes.

## Der Dolchstoß von vorne.

Das deutsche Volk hat sich bisher viel zu wenig mit der Frage der Kriegsführung befaßt. Dieser Umstand kommt den nationalistischen Kreisen sehr zu statten. Sie halten die Kriegsführung für eine Angelegenheit der höheren Führer, über die sich das Volk als Laie kein Bild machen könne, umgeben diese höheren Führer mit dem Nimbus der Erhabenheit und halten jede Kritik geflissentlich von ihnen fern. So kommt es, daß in weiten Kreisen des Volkes immer noch der Glaube verbreitet ist, als sei die deutsche Kriegsführung in den besten Händen gewesen, die Generalität habe wahre Wunder der Kriegskunst vollbracht. Ein Heerführer jemals einen nennenswerten Fehler begangen, geschweige denn gar ein Verbrechen verübt, und wenn das große Ziel — der deutsche Endsieg — nicht erreicht werden konnte, so habe das lediglich an der Heimat gelegen, die dem Heer die Waffe aus der Hand geschlagen habe, niemals aber an den mangelnden Kenntnissen und Fähigkeiten jener Männer, die das Geschick des deutschen Volkes vier lange Jahre in den Händen hatten und die unerschrocken und befähigten Leute ihres Landes nicht nur im Reichsland, sondern in der ganzen Welt gewesen seien.

Von diesem Glauben muß sich das Volk endlich frei machen, weil er den wichtigsten Nährboden für die nationalistische Propaganda bildet und einer Abrechnung mit den Sünden der alten Mächthaber hindernd in den Weg tritt. Es ist heute nicht mehr schwer, den Nachweis zu führen, daß die Niederlage des deutschen Volkes nicht nur allein auf die zahlenmäßige Ueberlegenheit seiner Gegner zurückzuführen ist, sondern daß der militärische Zusammenbruch in erster Linie verschuldet wurde durch eine in der Geschichte nahezu beispiellose schlechte militärische Führung. Die Erfolge, die während des Krieges errungen wurden, sind ausschließlich auf die Tüchtigkeit des deutschen Soldaten, auf seine Reizung zum Gehorham, auf seine Selbstopferung und seinen Gang zur unbedingten Unterordnung zurückzuführen. Kein Land der Welt verfügt über ein Menschenmaterial, das sich so über alle Verhältnisse gut zur Kriegsführung eignet, wie das deutsche, und wenn es trotzdem in den Abgrund geschleudert wurde, so ausschließlich deshalb, weil keine Führer an die Spitze traten, die ihnen gestellten Aufgaben zu lösen und einen entscheidenden Sieg über die Gegner herbeizuführen.

Die Fehler und Mängel der deutschen Kriegsführung können heute auch von den Heerführern nicht mehr abgehehlet werden. So ist vor kurzem ein Buch des Generalstabes „Rückblick über die Leistungen des deutschen Generalstabes vor und während des Weltkrieges“ erschienen. Der Verfasser, lange Jahre im Großen Generalstab tätig, war während des Krieges Oberst des Generalstabes der I. Armee, später der Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Er will in seiner Schrift den Großen Generalstab von den gegen ihn erhobenen Anklagen rechtfertigen, kommt aber ungenügend zu einer Verurteilung in allen Punkten, die für den Verlauf des Krieges von ausschlaggebender Bedeutung waren. Schon der Aufmarsch und die Durchführung der Operationen gegen Frankreich endeten mit einem völligen Mißerfolg. Die Marne-Niederlage brachte den deutschen Nachweis, daß die französische Führung der deutschen überlegen war. Wir hatten ein Heer, das bei Paraden, Manövern und Kaitermandövern glänzte, die Führung aber war im Mechanischen erstarrt, sie konnte Siege nach einem vorher durchdachten Plan erringen, solange nur mit Waffengewalt geschossen wurde, und sie verlor, alles, was seit 1870 erprobt und durchdacht war, erwies sich als fehlerhaft, sobald die lebendigen Heere entscheidend aufeinandertrafen.

Der deutsche Generalstab hatte seine Operationen darauf angelegt, in breiter Front ohne Tiefengliederung voranzumarschieren, den Gegner auf der rechten Flanke zu überflügeln und ihn vernichtend zu schlagen. Die Umfassung des Gegners beherrschte die ganze Ausbildung der Armee. Die Franzosen hingegen verwarfen dieses Verfahren, sie nannten es brutal und operierten aus der Tiefe, das heißt: in mehreren Linien hintereinander, wobei sie, je nach der Gefechtslage, Rückwärtsbewegungen vornahmen, um im gegebenen Moment die Hauptmacht dort einzubringen, wo der Gegner am schwächsten war. An der Marne hat sich die Ueberlegenheit dieses Verfahrens zum erstenmal gezeigt, das deutsche Heer erlitt die größte und entscheidendste Niederlage im ganzen Kriege, und diese Niederlage war eine Niederlage der deutschen Führung. Aufgeführt dies in den folgenden Sätzen ein:

## Das russische Friedensproblem.

### Ratifizierung der Kopenhagener Abmachungen.

H. N. London, 25. Februar.  
O'Grady wird am Sonnabend nach Kopenhagen zurückkehren, um dort die mit Litwinow getroffenen Vereinbarungen zu ratifizieren.

### Friedensnoten der Sowjetregierung an Amerika, Japan und Rumänien.

H. N. Moskau, 25. Februar.  
Die Sowjetregierung hat heute drei Friedensnoten an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien gerichtet. In der Note an die Vereinigten Staaten wird auf die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaus, welche Rußland zu erfüllen hat, und auf die Vorteile, welche für beide Länder aus einer Zusammenarbeit in dieser Richtung entstehen können, hingewiesen. Amerika wird gebeten, mitzuteilen, ob und wann Unterhandlungen beginnen können. In der Note an Japan weist die Sowjetregierung auf die russischen Prinzipien der Selbstbestimmung und auf die vielen vorangegangenen Friedensversuche an Japan hin. Weiter werden mit dem Hinweis auf Japans große wirtschaftliche Interessen im fernem Osten die gegenseitigen Vorteile guter Beziehungen betont und darauf hingewiesen, wie wünschenswert Friedensunterhandlungen jetzt wären. Die Note an Rumänien atmet den gleichen Geist.

### Die Bedingungen des Waffenstillstandes von Wladiwostok.

H. N. Wladiwostok, 25. Februar.  
Die Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen den Tschekoslowaken (die bisher auf der Seite der Antivolkschweigen in Sibirien kämpften) und den Sowjettruppen enthalten folgende Punkte: Eine neutrale Zone zwischen der tschechischen Nachhut und der roten Vorhut. Versorgung der Tscheken mit Steinkohlen durch die Sowjettruppen. Auslieferung des von den Tscheken in Jersinsk beschlagnahmten Goldes. Die Tscheken müssen sich verpflichten, die Antivolkschweigen nicht mehr gegen die Sowjettruppen zu unterstützen.

### Eine Rundgebung des Wiener Arbeiterrats.

Wien, 24. Februar.  
Die „Arbeiterzeitung“ meldet: Der Wiener Arbeiterrat hat eine Entschliessung angenommen, in der die Wiederaufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen mit allen Staaten, insbesondere aber mit Sowjetrußland, verlangt wird. Von den Genossenschaften Deutschösterreichs werde erwartet, daß sie alles täten, um mit den Genossenschaften Sowjetrußlands in Beziehungen zu kommen. Weiter wird die energische Durchführung des Rücktransports der Kriegsgefangenen aus Rußland gefordert und der Wunsch ausgesprochen, daß Deutschösterreich allen aus politischen Gründen verfolgten Ausländern Asyl gewähre. Endlich sollten sofort alle kompromittierten Offiziere und Beamten der ungarischen Regierung ausgewiesen werden.

### Eine Schwertung der Rechtssozialisten.

In der Preussischen Landesversammlung ist von der sozialdemokratischen Fraktion folgender Antrag eingebracht worden:

„Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin einzuwirken, daß sie in planmäßiger Fortleitung ihrer bisherigen Außenpolitik auf friedliche und korrekte Beziehungen mit allen Staaten, insbesondere unserer Nachbarstaaten, hinarbeite. Unter der Voraussetzung, daß Sowjetrußland auf die Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse verzichtet, soll auch mit der Sowjetrepublik Rußlands die wirtschaftliche und diplomatische Beziehung möglichst reich wieder aufgenommen werden, ohne in dessen den Charakter eines Bündnisses anzunehmen und den Frieden mit irgendwelchen anderen Staaten zu gefährden.“

Die „Vossische Zeitung“ bemerkt nicht mit Unrecht, daß dieser Antrag wohl nur deshalb eingebracht worden ist, um mit dem vorher eingebrachten unabhängigen Antrag Schritt zu halten. Dieser Antrag verlangt bekanntlich die schleunige Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland, und zwar ohne Vorbehalte und Einschränkungen. Die rechtssozialistische Fraktion macht in ihrem Antrag zwei Vorbehalte: sie verlangt einen ausdrücklichen Verzicht auf Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse“ und lehnt ein Bündnis mit Sowjetrußland ab. Beide Vorbehalte sind so bezeichnend für den sozialbürgerlichen Charakter der rechtssozialistischen Politik, daß eine Kritik sich erübrigt. Selbst wenn die Rechtssozialisten unter dem Druck der Verhältnisse sich zu einem halbwegs vernünftigen Schritt entscheiden, legen sie Gewicht auf den Nachweis, daß sie sich innerlich nicht im geringsten gewandelt haben.

### Gegen die Unterdrückungspraxis.

Am Montag besaßen die Vertreter der 50 Distrikte der Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie für die Kreise Merseburg und Querfurt eine Protesterklärung an den Reichsminister, in der festgestellt wurde, daß durch den ohne Grund und ohne Wissen aller Zivilbehörden verhängten Belagerungszustand allein die schaffende Bevölkerung, die Massenbewusste Arbeiterklasse getroffen wird. Sie weisen besonders darauf hin, daß die Land-, Berg-, Verkehrs- und Industriearbeiter der genannten Kreise sich dieser niederträchtigen Ausnahmehandlung, dieser grundlosen und verfassungswidrigen Recht- und Schlichtmachung voll und ganz bewußt sind, aber andererseits auch, daß es die Arbeiterklasse ist, die letzten Endes die Grundlast bildet für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens. Sie warnen die Regierung vor einer Ueberdehnung der Gewaltpraxis und fordern auf Grund der demokratischen Verfassung, im Interesse der Zukunft des gesamten Volkes, auf Grund der Bedeutung der Arbeiterklasse und ferner auf der Macht des Massenbewußten, organisierten Proletariats,

- die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes,
- die sofortige uneingeschränkte Freigabe der Presse,
- die Freilassung der politischen Gefangenen
- die Garantie der persönlichen Sicherheit und Freiheit.

das französische Heer durch einen Rückmarsch vom Feinde ab, um dann zu überraschendem Angriff gegen den nachdrängenden Feind vorzugehen. Das Bild, das wir uns vom Feinde machten, traf nicht zu.

Die Taktik der Franzosen, die ihnen an der Marne die Ueberlegenheit gesichert hatte, bewährte sich auch in der Verteidigung, bewährte sich besonders im Stellungskrieg. Unser Reglement stand auf dem Standpunkt, daß grundsätzlich nur eine Stellung auszuwählen und zu besetzen sei.“ Die Truppen wurden in vorderster Linie in tiefen Unterständen untergebracht, die regelrechte Menschenfallen waren, denn das gesteigerte Artilleriefeuer richtete fürchterliche Verheerungen in diesen zusammengeballten Menschenhaufen an, und auch bei feindlichen Vorstößen erwiesen sich die tiefen Unterstände als fehlerhaft, da die Mannschaften nicht rechtzeitig genug herauskriechen und so zu leicht eine Gefangenenbeute für den

Gegner wurden. Trotzdem würde dieses System der Verteidigung jahrelang beibehalten, beinahe alle deutsche Soldaten würden einer fehlerhaften Idee geopfert, und wenn Ludendorff später einen Wandel herbeiführte, so bestünde dieser lediglich in einer Modifikation des französischen Verteidigungssystems.

Aber nicht nur allein in der Durchführung der Operationen hat der deutsche Generalstab völlig versagt, sondern auch in der Ausrüstung und in der Verwendung von neuen Kampfmitteln blieb er im Hintertreffen. Die französische Artillerie war der deutschen weit überlegen, überlegen war auch die Fliegerwaffe. Franzosen und Engländer verwendeten seit 1916 den Tank, er erwies sich gleich im Anfang als eine gesuchte Waffe, die fortlaufend verbessert wurde, während sich Ludendorff beharrlich weigerte, ihn in der deutschen Armee einzuführen.

Das sind nur die schwersten Unterlassungsünden, die größten Fehler, die sich die deutsche Kriegsführung zuschulden kommen ließ. Und derselbe Dilettantismus, der auf rein militärischem Gebiete vorherrschte, zeigte sich auch in der Behandlung der wirtschaftlichen und politischen Fragen. Auch hier tritt ein völliges Versagen zutage. Wenn das Kriegführen nun einmal das eigentliche Handwerk der Militärs ist, dann kann man von ihnen auch verlangen, daß sie es richtig ausüben. Das aber haben die deutschen Heerführer nicht vermocht, geschweige denn gar, daß sie es in der Kriegsführung zu einer Kunst gebracht hätten. Sie waren militärisch und politisch die Totengräber des deutschen Volkes.

## Dilettant und Fachmann.

Fast überall herrscht die Meinung vor, daß Erzberger nicht auf den Platz des Finanzministers zurückkehren werde, und selbst die Zentrumspresse wagt dieser Auffassung nicht zu widersprechen. Sie beschränkt sich auf die Bemerkung, daß noch keinerlei Entscheidung gefallen sei, und daß man mit dem endgültigen Urteil bis zum Abschluß des Prozesses und der Steueruntersuchung warten müsse. Aber wenn die „Kölnische Volkszeitung“ versichert, sie werde im richtigen Augenblick mit ihrer Meinung nicht zurückhalten, so läßt auch diese Vertröstung auf die Zukunft nicht gerade auf eine besondere Sympathie für den schwerbelasteten Parteifreund schließen.

Das Merikale Blatt meint, daß zur Konstellation einer Erfüllung der Stellung des Reichsfinanzministers vor allem die eingeschworenen Gegner Erzbergers auf der rechten Seite nicht allzu gern bereit seien, aber es sieht doch so aus, als wenn es nicht ausschließlich die Clique des Herrn Helfferich gewesen sei, die am Sturz des Ministers gearbeitet habe. Der „Berliner Lokalanzeiger“ will wissen, daß schon seit Tagen innerhalb der Mehrheitsparteien eine Aktion vorbereitet worden sei, die den Helden verfolgte, Erzberger solange von seinen Geschäften zu entbinden, bis sich seine volle Unschuld erwiesen haben würde. Die treibende Kraft soll dabei in erster Linie der Abgeordnete Dr. Friedberg gewesen sein, und das klingt nach dem Vorstoß, den Friedberg schon vor Monaten in der preussischen Landesparlamentarier-Versammlung gegen den Vater der neuen Steuergeetze unternommen hat, durchaus glaubhaft. Jetzt soll es seinem Einfluß zu verdanken sein, daß die Demokraten aus dem Fall Erzberger eine Ehrenfrage der Mehrheitsparteien gemacht haben.

Wir wollen den Demokraten mit Freisein an der Aufrichtigkeit ihres Ehrgefühls nicht zu nahe treten. Aber sie dürfen es uns nicht übel nehmen, wenn wir behaupten, daß die Rücksicht auf die Ehre doch wohl nicht der einzige Grund ihrer Abneigung gegen Herrn Erzberger gewesen ist. Dieser Partei, die in der Vertretung kapitalistischer Interessen hinter den Deutschnationalen nicht zurücksteht, geht die Steuerpolitik des Finanzministers — so wenig sie auch mit sozialistischen Grundsätzen zu tun haben mag — stark wider den Strich, und Herr Friedberg, der als alter Nationalliberaler sonst sicherlich allerlei Verständnis dafür besitzt, daß es einem bürgerlichen Parlamentarier, was die Verquickung von Geschäft und Politik angeht, recht schwer fällt, sich so funderlein zu halten, wie's ihn die Stimme lehrt im Innersten, würde an der Moral Erzbergers wohl nicht so viel Vergernis genommen haben, wenn ihm seine Politik besser gefallen hätte. Auch hier wird — obgleich in etwas anderem Sinne als bei dem Abgeordneten — das Geschäft mit der Politik verbunden, und schließlich haben die Ankläger und der Angeklagte sich gegenseitig nicht allzu viel vorzuerwerfen.

Auch von dem Nachfolger ist bereits die Rede. Ein Zentrumsmann, der der schwersten Aufgabe des Finanzministers gewachsen sei, so laut der „Lokalanzeiger“, würde sich kaum finden. Von den Demokraten kämen nur Schiffer und Dernburg in Betracht, aber die seien nicht geeignet, das Erbe Erzbergers anzutreten, und deshalb werde darauf hingearbeitet, einen Fachmann zu berufen.

Der Wunsch nach einem Fachmann klingt ja außerordentlich sachlich. Aber wie wird eine solche Persönlichkeit, wenn sie Gnade vor den Augen der Demokraten finden will, aussehen müssen? Es wird ein Bankier, ein Industrieller oder ein Großkaufmann sein. Nur von der Wirksamkeit eines Mannes dieses Schlages wird sich die Partei, die keinen Tag vorübergehen läßt, ohne vor den verderblichen sozialistischen Experimenten zu warnen, die Wiedergeburt und den Wiederaufbau Deutschlands versprechen. Ein solcher Minister wird sich in der Not darauf berufen können, durch Parteiprogramme und durch parteipolitische Bornenteile nicht gekennnt zu sein, doch sein Programm ist eben das seiner Klasse, und der Beweis dürfte sich nicht erbringen lassen, daß wir damit besser fahren würden, als mit dem System des Herrn Erzberger.

Indessen die Moral! Zweifellos wird der Finanzmann als Finanzminister vorlässiger sein als sein Vorgänger. Er wird gegen keine Anschuldigungen und Verwicklungen besser gewappnet sein, als der Reuling, der aus Wankelmuten in den Wirbel des Berliner Betriebes gestürzt in seinem Sünge nach Leben und nach Einfluß gloriös alle Möglichkeiten ergriff, und nachdem er einmal den gefährlichen Weg in halber Blindheit betreten hatte, auf ihm fast mit natürlicher Folgerichtigkeit weiterschritt.

Aber was wäre für Land und Volk gewonnen? Den Mann der rechten Geschäfte wären wir los, ob jedoch die großen Geschäfte, denen der Personalwechsel die Bahn frei machen soll, für die deutsche Wirtschaft vorteilhafter sein

würden, ist eine andere Frage. Die persönliche Unantastbarkeit eines Ministers ist ein sehr hohes Gut, aber es kann einer allen Anforderungen der geltenden Moral entsprechen, und trotzdem eine sehr unmoralische Politik treiben.

Daß Herr Erzberger beispielsweise einen Teil seines Geldes ins Ausland geschickt hat, ist sicher höchst bedenklich und macht ihn zur Bekleidung eines Staatsamtes unfähig. Nur sind diese Schenkungen in den Kreisen, aus denen jetzt ein Fachmann geholt werden soll, im allergrößten Umfange getrieben worden, und ein Minister, der die Schliche kennt, bietet noch keine Gewähr dafür, daß er sie verhindern wird. Ganz davon abgesehen aber, ist eine Finanz- und Steuerpolitik, die sich heute nach demokratischem Rezept durchaus auf die kapitalistischen Interessen einstellt, an sich weit unethischer und weit verhängnisvoller für die Allgemeinheit, als es die trotz allen Ernstes einer gewissen Komik nicht entbehrenden Operationen des Herrn Erzberger waren. Sie rettet das Land nicht, sondern sichert auf seine Kosten nur den Profit einer Klasse, und deshalb können wir dem kommenden Fachmann wahrhaftig nicht mit mehr Vertrauen entgegensehen, als wir dem scheidenden Dilettanten entgegengebracht haben.

## Feuer und Wasser.

Die „Kreuzzeitung“ nannte H. v. Gerlach vor kurzem einen „Abtrünnigen der Ueberlieferungen eines alten Königsstammes Geschlechts“. Das hat einen Pastor Martin v. Gerlach auf den Plan gerufen, der jetzt umständlich auseinandersetzt, daß Herr v. Gerlach eigentlich gar kein Abtrünniger Gerlach ist. Er gehört nur dem Geschlecht der Wasser-Gerlach an und hat nicht die Ehre, sich zu den Feuer-Gerlach rechnen zu dürfen. Die Feuer-Gerlach haben ein Wappen mit einem aus den Flammen wachsenden silbernen Pferd. Bei den Wasser-Gerlach wächst das Pferd nur aus dem Wasser, und sie sind auch sonst nicht recht vollwertig, da ihnen erst im Jahre 1840 der Adel verliehen wurde.

Die Wasser-Gerlach werden nach der Ansicht des geschichtskundigen Pastor zwar auch die Abtrünnigkeit ihres Gemüths bedauern, aber der Feuermann gibt doch deutlich zu verstehen, daß es sich schließlich begreifen läßt, wenn in einem solchen Hause, das erst vor achtzig Jahren in den Kreis der berufenen Träger christlich-ethischer Ueberlieferung eingetreten ist, ein ungeratener Sohn vorkommt. In der Familie mit dem Feuerpferd kann so etwas nicht passieren. „Anser altes Königsstammes Geschlecht“, sagt der Pastor, „hat noch keinen Abtrünnigen zu beklagen gehabt; die Söhne wandelten noch stets in den Fußstapfen der Väter, und versprachen es auch ferner zu tun.“

Die Söhne werden also von dem Geist durchdrungen sein, der beispielsweise einen der bekanntesten ihrer Vorfahren, den Pfälzeshauptmann Friedrich Wilhelms IV., Leopold v. Gerlach, aufstehen ließ: „Wenn sich doch ein Hofprediger fände, der dem König klar machte, daß der Eid auf die Verfassung nur ein den Menschen geleisteter Eid ist, der nicht gehalten zu werden braucht!“ Von einem Wasser-Gerlach läßt sich ein solches Maß von Königstreue und wahren Preussentum kaum erwarten.

## Flugl-Hartung.

Der an der Ermordung Karl Liebknechts beteiligte Kapitänleutnant Flugl-Hartung verweilt immer noch unter dem Schutze der liberal-sozialdemokratischen Regierung in Schweden. Immer eindringlicher fordern die schwedischen Arbeiter keine Ausweisung. Tagtäglich strömen aus allen Gemeinden, aus jeder Werkstatt telegraphische Proteste gegen das Weiterverbleiben dieses Dunkelmannes ein. Die Arbeiterchaft wird sich schließlich eines Tages nicht mehr mit diesen Protesten zufrieden geben, sondern zur Selbsthilfe greifen.

Bezeichnend ist, daß die Reichshaber in Schweden militärische Gewaltmaßnahmen vorbereitet. „Politiken“ hat mitteilen können, daß von militärischen Dienststellen heimliche Mobilisierungsmassnahmen getroffen werden. Die zuständigen Behörden dementieren natürlich kategorisch oder bezeichnen die Vorkommnisse als alljährlich übliche. Auch ist unter der akademischen Jugend die Bereitwilligkeit vorhanden, in Stunden der Gefahr das Vaterland nicht zu verlassen. Deutschland macht Schule!

## Verbote.

Die Verbote von Druckschriften folgen einander unaufhörlich. Zuerst kam die Beschlagnahme von Helfferichs Broschüre „Fort mit Erzberger!“, und sie war um so amüsanter, als dieses Heft monatelang öffentlich vertrieben wurde, und als man jeden Tag in dem Prospektbericht viel ausführlicher als in der Broschüre lesen kann, was Helfferich seinem Gegner vorzuerwerfen hat. Dann folgte der „Rattenkönig“, eine Schrift, die den Fall Eliaz behandelt und im wesentlichen auch nur erzählt, was wochenlang in allen Zeitungen gestanden hat. Unterdrückt wurde ferner eine Broschüre über Erzbergers angebliche Steuerhinterziehungen, und jetzt ist der konservative „Reichshof“ auf zehn Tage verboten worden, weil er den Inhalt der „Rattenkönig“-Broschüre kurz wiedergegeben hat.

Wir finden nicht den geringsten Gefallen an Herrn Helfferichs Treiben. Wir haben für die sensationell zugespitzten „Enthüllungen“ der Nationalisten nichts übrig, und der „Reichshof“ gehört zu jenen Zeitungen, die es am wenigsten verdienen, daß wir uns ihrer annehmen. Aber wir zögern nicht, gegen diese Beschränkungen der Pressefreiheit auch dann zu protestieren, wenn sie sich ausnahmsweise nicht gegen uns, sondern gegen die Reaktionen richten. Wir fordern für jede Meinung das Recht, sich frei zu äußern.

Daß wir dabei nicht auf Gegenseitigkeit rechnen können, wissen wir, und es bietet uns keine Ueberraschung, daß die „Deutsche Tageszeitung“, die sich über das Vorgehen der Regierung entrüstet, den Ausnahmestand nicht grundsätzlich verurteilt, sondern ihn zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit gelten lassen will. Das Blatt würde so auch wahrscheinlich nicht das geringste einzuwenden haben, wenn es sich bei der Unterdrückung um Pamphlete aus dem Lager der Unabhängigen

handelte. Die öffentliche Sicherheit ist eine Sache, die keinen Augen nur von links, niemals aber von den Unhänglichen auf der Rechten bedroht werden kann.

In einer anderen Beziehung aber müssen wir bei „Deutscher Tageszeitung“ schon recht geben, daß es nämlich von einer sehr subalternen Auffassung zeugt, wenn die Regierung glaubt, mit solchen Mitteln etwas erreichen zu können. Die Methode des Niedrigerhängens beweist jedenfalls immer ein besseres Gewissen, als die des Verbietens, und soliel Erkenntnis sollten die heutigen Machthaber doch auch noch aus vergangenen Zeiten geerbt haben, daß Unterdrückungen und Verfolgungen, noch welcher Richtung sie sich auch fähren, immer das Gegenteil von dem beabsichtigten Erfolg erreichen. Aber diese Herren wollen ja nicht lernen.

## Die Not der Presse.

Im Anschluß an die allgemeine Zeitungsverlegerversammlung in Weimar trat gestern auch die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger zusammen, um die Regierung zu Mahnungen aufzufordern, die geeignet wären, der deutschen Tagespresse drohende Katastrophe aufzuhalten, und faste insbesondere folgende Entschliebung:

Die gesetzgebenden Körperschaften werden ersucht, die in der Umsatzsteuer eingeführte Anzeigensteuer sofort wieder abzuschaffen. Das Zeitungsverlegergewerbe weigert sich nicht, an den der Allgemeinheit auferlegten Kosten mitzutragen, und will sich daher der allgemeinen Umsatzsteuer von 1 1/2 Prozent auch für das Anzeigenwesen unterwerfen. Wieder abschütteln über sie die Sonderbelastung, als welche sich die Anzeigensteuer darstellt, zumal in der jetzigen Fassung, welche die Zeitungsverleger gegenüber allen sonstiger erscheinenden Druckschriften in Nachteil bringt.

Seit Erlass des Gesetzes hat sich der mutmaßliche Betrag der Umsatzsteuer vielleicht schon um Willkürten bergewehrt. Auch die dieser Ertragsteigerung hat das Zeitungsverlegergewerbe einen Anstieg durch die im Geldwert gesehene ungeheure Umsatzsteigerung von Papier, Rohstoffen, Gehältern und Löhnen.

Da die Nationalversammlung die Notlage der Presse erkannt und sich bereit erklärt hat, ihr zu helfen, so leisten sie nun diese Hilfe vor allen Sondervergünstigungen durch die Besteuerung von einer ungerechten Last.“

## Der Parteikampf in Frankreich.

### Ein Vorstoß der Reaktion.

Paris, 25. Februar. Aus Paris wird gemeldet: Senator Cheron hat im Senat eine Interpellation über die Maßnahmen eingeleitet, die die Regierung zu treffen beabsichtigt, um in Frankreich die Organisation der bolschewistischen Propaganda zu bekämpfen. Man behauptet, die Laitsache, daß die Seine-Sozialisten, d. h. die äußerst extreme Richtung Loriot den Sieg über die radikalen Anhänger Longuet davongetragen hätten, könne noch weitgehende Folgen haben, besonders da sie beschlossen hätten, sich der dritten Internationale anzuschließen.

Der Vorstoß des Senators Cheron bedeutet den Anfang einer organisierten Hege gegen die sozialistische Partei Frankreichs. Die Debatte über die Internationale, die auch in der französischen Partei zu heftigen Meinungsänderungen geführt hat, wird von den Wortführern der Reaktion als Anlaß genommen, um das „rote Gesindel“ an die Wand zu malen und Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialisten zu verlangen. Senator Cheron steht keineswegs allein. Ihm sekundiert der Chor der bürgerlichen Presse, die über den Beschluß des Seine-Verbandes, dem bekanntlich die extreme Linke unter Loriot siegte, in schärfer Weise herfällt und nach polizeilichem Schutz gegen die „Expropriation“ schreit.

### Stimmen der sozialistischen Presse.

Paris, 25. Februar. Ueber den Beschluß der sozialistischen Sektion der dritten Internationale schreibt das radikalsozialistische „Journal du Peuple“, man solle nach Moskau gehen. Was man aber dorthin gelange, bleibe noch viel Zeit zur Ueberlegung. Aus dem Kongreß von Straßburg würden Loriot und Longuet, indem sie sich die Hände reichten, verjüngt und verjüngt hervorgehen.

Die gemäßigten sozialistische „Francs Biers“ sagt, der französische Sozialismus sei national ohnmächtig, international sei er es noch mehr. Die Streitigkeiten, die in ihm ausgebrochen seien und die sich ohne Zweifel in Straßburg verstärken würden, begünstigen nicht die nationale Wiederaufrichtung, sondern die Wiederaufrichtung der Bourgeoisie.

Im „Populaire“ sagt Jean Longuet, zwischen seinen Anhängern und den Anhängern von Loriot sei der Unterschied nicht sehr groß. Zwei Geschäfte seien den beiden Richtungen gemeinsam: Der Haß des Kriegssozialismus und der Entschlossenheit für die russische Revolution. Dadurch beweise man, wie notwendig die künstliche Opposition in einer Formfrage sei, wenn man über alle großen Probleme der gegenwärtigen Stunde einig sei.

## Neue Niederlagen Lloyd Georges.

London, 25. Februar. Bei der Wahl zum englischen Parlament in Paisley schied Aquith (Lab.) 14 093, Wigger (Lab. Part.) 11 840 und Mc. Sean (Regierungskoalition) 8778 Stimmen.

Nachdem die Koalition Lloyd Georges eben erst im Wahlkreis Paisley eine schwere Niederlage erlitten hat, trifft sie dieser neue Verlust. Zwar hatte sie mit einem Erfolg in diesen schottischen Bezirk kaum noch zu rechnen gewagt, aber daß ihr Kandidat so unendlich weit hinter den beiden anderen zurückbleibt, wird ihr eine schmerzliche Ueberraschung sein.

Auch die Arbeiterpartei dürfte einige Enttäuschungen empfinden. Sie hatte nach all den Triumpfen der letzten Zeit auf den Sieg in Paisley gehofft, aber doch erlitten nur um ein sehr geringes hinter Aquith zurückzubleiben. Der liberale Führer war jedoch ein zu starker Kandidat.

Die Opposition erhält jedenfalls durch Aquith einen starken Impuls im Parlament, und Lloyd George wird erkennen, daß trotz all seiner Demagogie und trotz seiner Bereitwilligkeit zu Zugeständnissen an dem Standpunkt der Liberalen und der Arbeiter die Tage seines Kriegssiegesabends gezählt sind.

# Erzberger und die ausländischen Bankkonten.

## Die Bankkonten des Herrn Erzberger. Der Affendiebstahl im Flottenverein.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung erklärte Erzberger, daß seine Familie aus Gesundheitsrücksichten nach der Schweiz reisen mußte, und daß er dafür den Kredit einer Schweizer Bank in Anspruch genommen habe.

Helfferich: Haben Sie sich anderen Personen gegenüber ausgesprochen, daß Sie rechtzeitig in der Schweiz für Kredit gesorgt hätten?

Erzberger: Nicht für mich persönlich. Als Propagandabüchse mußte ich

eine Reihe von Geldsummen nach der Schweiz überweisen.

Ich traf Maßnahmen, durch welche ich das Geld relativ billig bekam. Dieses Geld ist nur aus politischen Gründen nach der Schweiz geschickt worden, auch wenn es nach außen hin für sich ihre Zwecke bestimmt wurde. Diese Heberweilungen sind durch die Deutsche Bank vorgenommen worden, und es wurde mancher darüber gesprochen. In der Schweiz liegt nun eine Nachschaufrage und eine Spionage gegen mich ein, die hauptsächlich von zwei Herren, Peter und Wäldli betrieben wurden, welche erklärten, sie handelten im Auftrag einer Personlichkeit, um für Helfferich Material für den Versuch zu sammeln.

Nach längerer Debatte über diese Spionageaffäre, in der Helfferich erklärt, nie einen Pfennig Geld für sein Material gegeben zu haben, fragt er den Nebenkläger, wie dieser sein Geld nach der Schweiz überführt habe? — Erzberger: Ich habe den beschriebenen Weg gewählt, indem ich der Deutschen Bank entsprechenden Auftrag gab. Ich habe auch zu politischen Zwecken Geld nach der Schweiz überweisen lassen; das geschah aber mit Kenntnis und Zustimmung des Auswärtigen Amtes.

Helfferich: Sind nicht auch im Besitz der Propagandabüchse (also des Herrn Erzberger) größere Beträge und Effekten in die Schweiz abgewandert?

Erzberger: Das ist unrichtig. Ich habe allerdings einige Male in meinem Gewahrsam größere Geldbeträge mitgeführt. Es handelte sich aber stets um Summen für politische Zwecke, über die ich mir vom Auswärtigen Amt eine Bescheinigung geben ließ. — Vorl.: Können Erzberger unter Ihrem Eide auszusagen, daß Sie in Ihrem Kuriergepäck Wertgegenstände für persönliche Zwecke nach der Schweiz nicht gebracht haben?

Erzberger: Weder nach der Schweiz noch sonst auf meinen Reisen nach dem Auslande.

Helfferich: Warum haben Sie aber dann für die Heberweilung von Geldern zu politischen Zwecken, also zu Maßnahmen, die von der Reichsregierung gebilligt wurden,

nicht den vorgeschriebenen Weg der Heberweisung an die zuständigen Behörden gegeben?

Erzberger: Das hätte keine Schwierigkeiten, denn die Behörden kennen nicht alle politischen Geschäfte, die in Frage kommen, und mit kirchlichen Geldern konnte ich selbstverständlich die Behörden nicht behelligen.

Helfferich: Ich muß Sie weiter fragen. Haben Sie nicht ein Konto bei der Nationalbank in Zürich?

Erzberger: Eine ausländische Missionsgesellschaft hatte von dem Kriege Geld in Deutschland angelegt. Ich war erkrankt, bei Ausbruch des Krieges dieses Geld auf mein Konto zu übernehmen. Dazu war ich gern bereit.

Helfferich: Ich nenne Ihnen nun noch die Genossenschaftsbank St. Gallen und Sankt Gallen.

Erzberger: Ich habe dort keine Konten gehabt.

Helfferich: Aber in Oesterreich?

Erzberger: Überhins hätte ich dort ein Konto, doch kann ich über die Zwecke, für welche diese Gelder bestimmt waren, öffentlich nicht reden.

Helfferich: Unter der Flagge politischer Zwecke sind auch nach dem Waffenstillstande Hunderttausende nach dem Auslande abgewandert.

Nachdem Erzberger es als möglich bezeichnet hat, daß er dem Kommerzienrat Berger geraten habe, beizuliegen Geld für den Ankauf von Rohstoffen ins Ausland zu schaffen, und für den Ankauf von Rohstoffen ins Ausland zu schaffen, und Helfferich auf verschiedene andere Fälle von Kapitalverchiebungen ins Ausland eingegangen ist, fragt er Erzberger, ob er einem mit ihm arbeitenden Schweizer Bankier, der an gewissen Refinanzierungsleistungen für Württemberg interessiert war,

wertvolle politische Informationen gegeben habe.

Erzberger: Wir sprachen über die ganze Lage.

## Die Unwahrhaftigkeit Erzbergers.

Zum Punkte „Unwahrhaftigkeit“ wird hierauf Assessor H. A. B. Generaldirektor des Hypothekensystems, vernommen. Er sagt aus: Im Mai 1912 sei Herr Kappeler auf Veranlassung Erzbergers zu ihm gekommen und habe ihm sein Verfahren, nämlich die Luft als Sprengmittel zu verwenden, angeboten. Die Offerte sei jedoch damals abgelehnt worden. Juni 1912 habe sich der Herr Erzberger nochmals an ihn wenden wollen, er möge sich für den Vertrag zwischen Kappeler und den Herren Erzberger und Wölflin abgeschlossen worden sei, wonach die Hypothekrechte berechnigt waren, das Verfahren zu gebrauchen. Im Jahre 1915 sei dann die G. m. b. H. begründet worden.

H. A. B.: Von wann an hat Herr Kappeler Geld zu der Sache gegeben?

H. A. B.: Zum erstenmal am 1. Februar 1913.

H. A. B.: Hat Herr Erzberger davon Kenntnis gehabt? — H. A. B.: Schw. — H. A. B.: Wie haben Sie also

mieber eine Unwahrhaftigkeit.

Am 13. Verhandlungstage wurde diese Frage eingehend erörtert. Der Vorsitzende hat den Herrn Nebenkläger gefragt, ob Kappeler nicht schon vor der Gründung der G. m. b. H. Geld dazu gegeben habe. Herr Erzberger hat darauf geantwortet, Kappeler habe kein Geld dazu gegeben. Darauf rief Helfferich: Das ist unrichtig und Herr Erzberger verbat sich diesen Zwischenruf. Darauf sagte der Angeklagte, er könne nicht mit ruhigem Blut so etwas anführen.

Erzberger: Herr Wölflin hat kein Geld für die interne Geschäftsführung gegeben, sondern nur für seine eigenen Zwecke.

H. A. B.: Wir haben behauptet, daß Herr Kappeler die Kasse der Luft Geld aufgebracht habe. Und daß schon, bevor der Vorsitzende in den Hypothekensystem eintrat, Beziehungen zwischen Kappeler und Erzberger bestanden haben, die nicht rein privat waren. Der Herr Nebenkläger hat das bestritten.

H. A. B.: Meine Frage konnte doch nicht so gemeint sein, daß Herr Kappeler nur für die G. m. b. H. Geld gegeben habe?

Erzberger: Ich habe es so ausgesagt, ob Herr Kappeler das Geld für die Erdbebenversicherung gegeben habe, nicht aber Geld für die Luft.

Der Fall Wolff wird nochmals kurz gestreift. Darauf wird die Kasse der Luft

## Der Affendiebstahl im Flottenverein.

In dem „Fall Zahle“, der Erzberger unanständig Charaktereigenschaften nachgelagt hat, erzählt Dr. Helfferich nach der Pause das Wort und erwähnt, daß er an zwei Stellen seiner Broschüre auf diese mit dem Affendiebstahl im Flottenverein zusammenhängende Angelegenheit Bezug genommen habe.

Einmal heißt es dort: „In der Tat, wer so mit der Wahrheit umspringt, der pflegt es es auch in allen Dingen nicht genau zu nehmen. Herr Erzberger hat dafür frühzeitig Beweise erbracht. Ich erinnere an den Strafprozeß wegen der Einwendung von Affen aus den Räumen des Flottenvereins. Der Oberstaatsanwalt hat in dessen Verlauf folgende Feststellung gemacht: Dem als Zeugen benannten Abgeordneten Erzberger ist der Dieb offenbar bekannt. Da er sich aber bereit erklärt, das zu bestricken, daß er noch keinem Wissen annehme, er würde sich durch eine Anklage der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen, wird er zu einer Aussage nicht gezwungen werden können.“

An der zweiten Stelle der Broschüre heißt es: Hat nicht etwa im Flottenvereinsprozeß Herr Erzberger sich bereit er-

Achtung! Achtung!

## Funktionäre der Bekleidungs- und Textilindustrie

Arbeiter- und Betriebsräte! Arbeiter- und Angestelltenausschüsse!

Freitag, den 27. Februar 1920, abends 6 1/2 Uhr, in den Vorraum-Sälen, Ackerstraße 67

## Allgemeine Funktionär-Versammlung der Bekleidungs- und Textilindustrie

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß alle oben genannten Vertretungen sich zu dieser Versammlung verpflichten.

Arbeiter und Angestellte! Es ist eure Pflicht, dafür zu sorgen, daß jeder Betrieb vertreten ist!

Der provisorische geschäftsführende Hauptauschuss der Bekleidungs- u. Textilindustrie

Zentrale der Betriebsräte Bezirk Groß-Berlin, Mühlstraße 24 III.

klärt, zu bestricken, daß er nach bestem Wissen annehme, durch eine Aussage über den Dieb sich selbst einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen?

Justizrat Gordon: Was hat das mit Unwahrheiten zu tun?

Helfferich: Das ist mehr als Unwahrhaftigkeit.

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Ermächtigung der Namenliste. Der Antrag dazu war ein Artikel im „Bayerischen Kurier“, worin es unter anderem hieß, daß bei der Präsidentschaft des Flottenvereins eine überaus starke Kapitulation geübt worden sei. Erzberger erklärt nach längerer Erörterung wiederholt, daß von einem Diebstahl überhaupt nicht die Rede war.

Justizrat v. Gordon: Auch die übrigen Zeugen haben damals nie etwas von einem Diebstahl, sondern immer nur von einer Lieferung des Materials gesagt. Die Frage lautet immer: Wer hat den Artikel im „Bayerischen Kurier“ geschrieben und wer hat das Material geliefert?

Rechtsanwalt Kieberg: Ist es richtig, daß Sie, Herr Erzberger, den Zeugen Janke im Flottenverein kennen gelernt haben?

Erzberger: Das ist eine der üblichen Unwahrheiten.

Nach längeren weiteren Auseinandersetzungen wird vom Vorsitzenden in Aussicht genommen, diesen Fall am Montag durch Zeugen weiter aufzuklären. Es kommt nunmehr zur Sprache, daß am heutigen Tage der frühere Reichsminister Dr. Hermann Hollweg als Zeuge vernommen werden soll.

Vorsitzender: Morgen soll also der politische Tag erst richtig seinen Anfang nehmen. Ich kann aber den Parteien schon jetzt sagen, daß ich alle Energie aufzubringen werde, um alle Auseinandersetzungen, die etwa auf eine Rechtfertigung der Politik des Angeklagten, des Nebenklägers oder der der früheren Reichsminister Dr. Hermann Hollweg hinauslaufen, abzuwehren werde.

Dr. Helfferich und Erzberger erklärten, diese Absicht nicht zu haben.

Vorsitzender: Dann besteht ja die Hoffnung, daß wir morgen fertig werden und dann am Montag die Angelegenheit der einzelnen Stellen erledigen können. Am Dienstag könnten wir dann mit den Landesherrn beginnen. Ich möchte nun fragen, wie sich die Parteien zu der Erörterung der politischen Lage betreffend die belgische Politik und die Friedensfrage usw. stellen. Es kommt dabei der Vorwurf des Angeklagten gegen Erzberger in Betracht, indem er ihn der gemeinen Lüge und der Denunziation beschuldigt. Er fragt sich, ob wir diese Sache nicht ausheben können. Ich gebe mir wenigstens als deutscher Richter nicht dazu her, der Generte Material zu liefern.

Dr. Helfferich: Der Vorwurf der gemeinen Lüge und der Denunziation bezieht sich auf die Behauptung, daß ich der Exponent jener belgischen Politik bin, die die Deportation usw. auf dem Gewissen hat. Wenn der Staatsanwalter in diesem Punkte nicht zurückschreitet, bin ich gezwungen, Beweisangebote eventuell in nicht öffentlicher Sitzung zu stellen.

Erzberger: Ich kann den Staatsanwalter nicht zurückschreiben.

Nach längeren Auseinandersetzungen teilt dann Justizrat Gordon mit, daß er morgen eine Erklärung abgeben würde, bevor der Nebenkläger dem Ausschuss dieses Punktes zustimmen würde. Auch Dr. Helfferich stellt eine ähnliche Erklärung in Aussicht.

Darauf wurde die Sitzung vertagt.

## Demonstrationen vor dem Gerichtsgebäude.

Eine Lokal-Korrespondenz meldet:

Beim Verlassen des Gerichtsgebäudes wurde Helfferich am gestrigen Mittwoch eine Ovation dargebracht. Als der frühere Staatssekretär mit seinem Verteidiger die Straße betrat, wurde er von einer größeren Anzahl von Personen, die sich dort versammelt hatten, lebhaft begrüßt und begrüßungswillig. Die Kundgebungen dauerten an, bis Helfferich mit dem Auto davonfuhr.

Die deutsche Antwort auf die französische Kassennote geht, wie B. L. R. meldet, dahin, daß die sachlichen Voraussetzungen, von denen die Note ausgeht, nicht zuträfen. Die materiellen Fragen, die in der Note erörtert worden sind, werden der Vergleichungskommission vorgelegt werden.

Die Streikbewegung in Frankreich. Aus Solidarität mit den Eisenbahnangestellten haben etwa 5000 Bureauangehörte der Paris-Quen-Mittelmeer-Gesellschaft die Arbeit niedergelegt. Das „Echo de Paris“ meldet, daß in Lyon 60 000 Arbeiter streiken, die teils zur Textil-, teils zur chemischen, zur Elektrizitäts- oder Metallindustrie gehören. Heute ist kein einziger Zug von Lyon nach Paris abgegangen.

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Baltikum sieht, einer „Times“-Ausgabe zufolge in näherer Aussicht.

## Französisch-englische Unstimmigkeiten in der Besatzungsfrage.

Paris, 25. Februar.

Der Auslandskorrespondent des „Matin“ Sauerwein erklärt in einem Londoner Telegramm, Frankreich verlange von England eine Militärallianz, unabhängig von der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika. Zweitens die Besetzung der Rheinlande auf so lange als es notwendig erscheine und ihre Erweiterung auf das Ruhrkohlengebiet. Außerdem dauernde finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung zum Wiederaufbau. Eine räumliche und zeitliche Ausdehnung der Okkupation in den Rheinlanden sei England sehr unangenehm, dem englischen Oberkommando sei es auch unangenehm, daß Frankreich schwarze oder marokkanische Truppen dort verwende. Man würde die Ausdehnung der Okkupation werde Frankreich und Deutschland und infolgedessen auch ganz Europa in einem Zustand erhalten, der weder Friede noch Krieg sei.

Sauerwein erklärt, er habe vor seiner Abreise nach London mit einem französischen Staatsmann gesprochen, der ihm erklärt habe, Frankreich selbst solle sich Garantien am Rhein verschaffen, aber nur im Falle absoluter Notwendigkeit und als Vorbedingung einer unmittelbaren Verständigung Frankreich mit Deutschland. Endlich solle man über England und den Neutralen durch eine große Produktionssteigerung und durch die notwendigen fiskalischen Opfer Vertrauen einflößen.

## Hoover für Friedensratifikation durch Amerika.

Amsterdam, 25. Februar.

Dr. J. M. Hoover hat in Wallingford eine Rede gegen das Bestehen des Friedensvertrages gehalten, den Präsident Hoover einer Volksabstimmung zu unterwerfen. Da Europa nicht genossen hätte, bevor die amerikanische Mitwirkung bei der Wiederherstellung des Handels und der Erzeugung gesichert sei, solle das amerikanische Volk im eigenen Interesse den Friedensvertrag ratifizieren. Die Rede Hoovers hängt mit einer Versammlung unter den Demokraten zusammen, die Annahme des Friedensvertrages im Senat so zu vereiteln, wie sie von den Republikanern gewünscht wird.

## Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Rußland.

Alle Staaten rüsten sich zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Man kann den großen Absatzmarkt nicht länger entbehren, ebenso wenig wie die Kohlen, die Rußland selbst zum Austausch anbietet. So erfährt die in Paris ercheinende Zeitschrift „La République Russe“, daß auch Japan seine Vorbereitungen trifft. Dort ist eine bedeutende Dampfschiffahrtsgesellschaft gegründet worden, ausschließlich zu dem Zweck, um die Verbindung mit Rußland herzustellen. Die Gesellschaft beabsichtigt, schon in der nächsten Zeit vier Dampfer von 6000 Tannen nach dem Süden Rußlands zu entsenden, und zwar sollen sie vor allem Jucker, Manufakturwaren, Stiefel, Maschinen, Arzneimittel dorthin bringen.

Auch Belgien schließt sich an, die Beziehungen wieder aufzunehmen und erwartet vor allem, daß es das dringend benötigte Holz aus den russischen Wäldern dem belgischen Markt zuführen kann.

Die „Russische Republik“ teilt übrigens auch mit, daß das in russischen Unternehmungen angelegte deutsche Kapital von einer russischen Stelle auf 810 Millionen Rubel geschätzt werde. Aber diese Schätzung bezieht sich nur auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung investierte Kapital; die Gesamtsumme sei beträchtlich höher. Das deutsche Kapital sei folgendermaßen verteilt: 30 Prozent in der Transportunternehmungen, 10 Prozent in der Textilindustrie, 9 Prozent in der Metallindustrie, 8 Prozent in der Nahrungsmittelindustrie, 5 Prozent in Unternehmungen des Maschinenbaus, 5 Prozent im Bergbau, 2 Prozent in der chemischen Industrie, 1 Prozent in Gas- und Elektrizitätswerken.

## Frauen und Alkohol.

In der Schweiz wird zur Zeit der Gedanke erwogen, den Gemeinden durch eine Revision der Bundesverfassung das Recht zu geben, für ihr Gebiet den Ausschank von Schnaps oder Art zu verbieten. Vorgenommene Probeabstimmungen ergaben nach dem „Schweizer Anzeiger“, daß in den Gemeinden etwa durchschnittlich 80 Prozent der Frauen für eine Verfassungsveränderung im angegebenen Sinne waren, während nur etwa 60 Prozent der Männer sich damit einverstanden erklärten.

Kostenlosung einer Angeklagten im März-Prozeß. Die eine Lokal-Korrespondenz meldet, ist die gemeinsam mit Graf Sonnenfeld von Holland ausgelieferte Präfektin Schlad von der Staatsanwaltschaft aus der Haft entlassen worden. Präfektin Schlad soll bekanntlich an der Unterschlagung von 1 200 000 R. durch Sonnenfeld zum beteiligt gewesen sein.



Freie Welt!

# Keinen Ärger mit Augengläsern



zu haben ist ein Glück, das meist nur wenigen beschieden ist, die genötigt sind, sie zu tragen.  
 Unseren Kunden ist es beschieden, denn wir garantieren nicht etwa nur gegen Fabrikationsfehler, nicht nur für gute Qualität, wir garantieren einfach für Zufriedenheit.  
 Mag also die Brille oder der Kneifer durch eigene Unvorsichtigkeit zerbrochen sein, mag das Glas schon vor längerer Zeit bei uns gekauft sein — wenn das Gestell zerbrochen, verbogen oder sonst beschädigt ist, reparieren wir es in der Garantiezeit, und wenn die Gläser nicht passen, tauschen wir sie innerhalb drei Monaten um, alles ohne Kosten für Sie.  
 Nur zerbrochene Gläser, zerbrochene Teile aus Schilspat,

Horn oder Celluloid sind von der Garantie ausgenommen.  
 Schon für Fassungen zum Preise von 8.50 M. garantieren wir zwei Jahre, für bessere Brillen und Kneifer bis zu drei Jahren.  
 Es gibt zahlreiche Gründe, bei uns zu kaufen, die Güte und Preiswürdigkeit unserer Ware; unser Bestreben, Sie durch Gewährung einer so weitgehenden Garantie unbedingt zufriedenzustellen, die bequeme Lage unserer 22 Geschäfte, unser guter geschäftlicher Ruf usw. Es gibt aber keinen einzigen Grund, bei uns nicht zu kaufen.  
 Glauben Sie trotzdem einen zu wissen, so schreiben Sie an unsere Direktion; wir sind Ihnen aufrichtig dankbar dafür, wenn jede Kritik zur Verbesserung anregt.



Alles Gold wird zum Tagespreis angekauft und in Zahlung genommen

## Optiker Ruhnke

Verlangen Sie nach einjährigem Laufen unsere Optometer zum Selbstbestimmen passender Gläser nach Veranlassung

- Schönberg: Hauptstr. 21, Ecke Hauptstr.
- Friedenau: Heidestr. 18, Ecke Hauptstr.
- Neukölln: Bergstr. 4, Ecke Hauptstr.
- Spandau: Breite Str. 16, Ecke Markt
- SO Oranien-Str. 44, sohöhen Markt- und Oranienplatz
- S Kottbuscher Damm 10, nahe Jandorf
- O Frankfurter Allee 14, nahe Zieg
- C Spittelmarkt, Ecke Wolke
- Alexander-Platz, nahe Richter
- SW Belle Alliancestr. 4, nahe Jandorf
- W Friedrich-Str. 193a, Ecke Schlegel-Str.
- Leipziger Str. 113, Ecke Haupt-Str.
- Ein-Str. 1, Ecke Potsdamer Str.
- ANW Friedrich-Str. 150, Ecke Dortheimstr.
- N Chaussee-Str. 72, nahe Köpenick
- Schönhäuser Allee 81, am Ost. Ring
- Friedrich-Str. 106, Ecke Hauptstr.
- Invaliden-Str. 164, Ecke Hauptstr.
- Invaliden-Str. 117, am Götter-Platz
- Charlottenburg: Lützen-Str. 15, Ecke Hauptstr.
- Jochimsheider Straße 1, nahe H. 300
- Wilmsdorf: Berliner Str. 112-113, nahe Hauptstr.

**Theater und Vergnügungen.**

**Volksbühne**  
Theater am Hölzplatz.  
7 Uhr: Gyges und sein Ring.

**Opernhaus**  
7 Uhr:  
**Tiefland**

**Schauspielhaus**  
7 Uhr:  
**Die Götter**

Direktion: Max Reinhardt  
**Deutsches Theater**  
7 1/2 U.: D. Soudung Semuels  
**Kammerspiele**  
7 1/2 U.: Frühlings Erwachen  
**Großes Schauspielhaus**  
Karlstraße  
7 Uhr: Hamlet  
(15. Abteilung, II. Abend.)

Direktion: Carl Mainhard — Red. Bernauer  
Theater i. d.  
**Königsgräber Straße**  
7 15 U.: Sötana d. Gesellschaft  
Fritz Schloß Wetterstein  
Sonnabend: Zim I. Male:  
**König Nicolo**  
oder So ist das Leben.  
Schönen, von Frank Wedekind  
Musik von Eduard Künneke  
(Ludwig Hartau, Alice Verdon  
u. G. vom Staatst. L. Dresden,  
Ernst Dernburg, Frieda  
Richard, Paul Rehkopf, Robert  
Scholz, Hellmuth Bathe, Felix  
Rassert, Otto Schiller, Rudolf  
Jäger)

**Komödienhaus**  
„Sie“  
Freitag: Der Silberpelz.  
Sonnabend: „Sie“

**Berliner Theater**  
7 Uhr:  
**Der letzte Waizer**

Ortizel, Henry, Opa Storm,  
Hans Wasmann usw.)

**Lessing-Theater**  
Direktion: Viktor Barrowsky  
7 1/2 U.: Pygmalion  
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt  
Sonnabend 7 1/2 U.: Pygmalion

**Deutsch-Künstler-Theater**  
7 1/2 U.: Zum ersten Male  
**Managerie**  
Abend: 7 1/2 U.: Managerie

**Neues Operettenhaus**  
Direktion: Joan Kraus  
Abend: 7 1/2 U.: Mia Werber u. G. in  
**Die kleine Hohheit**

**Residenz-Theater**  
(Stadtbahn Jauerwallstraße)  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Evchen Humbrecht**

Sonnab. 4. U.: Max u. Moritz  
Sonnab. 4. U.: Der gute Kai

**Trianon-Theater**  
(Bahnhof Friedrichstraße)  
Sonnab. 4 Uhr: Hans u. Gretel  
Täglich  
7 1/2 Uhr:  
**FEMINA**

**Casino-Theater**  
Lottstraße 37, Tägl. 7 1/2 Uhr  
Der ersten Andances wegen  
noch kurze Zeit verlängert!  
**Schnitzels Leo**  
Über 100 Mal aufgeführt,  
und unübertroffene  
Sonnab. 7 1/2 U.: Die Wunderkerz.

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218.  
Abend: 7 1/2 U.:  
Sonnab. 7 1/2 U.:  
**Unübertroffenes**  
**Variété-Programm!**

**Theater am Kottbuscher Tor**  
Tel.: Moritzplatz 14814.  
Tägl. 7 1/2 und Sonntag  
nachm. 3 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
9 ehem. Mitgl. der  
Berliner Säng.  
Bühnen-Ges.  
Vorr. 11-15 u. 4-6 U.

**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Wilhelm Tell**

**Walhalla-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Die Csardásfürstin.**  
**Wintergarten.**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Variétévorstellung**  
Paschen gestattet.

**Circus Busch**  
Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr  
**Das gr. Febr.-Progr.!**  
N. Geschw. Chavrial  
u. Orchesterleiter, u.  
3 Urbanis Kraft-  
turner 3  
**Amateur-Reiten**  
100.— M. Belohnung  
erhält, wer 3mal stehend  
die Manège umreitet.  
Sowie die übr. Nummern.

**Bachataz der**  
**Panathänen**  
in „Aphrodite“.

**Königsstadt-Kasino**  
Alexanderstr. 21.  
Tel. Alexander 64.  
Salle und Verloszimmer  
in jeder Größe.

**Asthma**  
mit  
Hantou-  
anfällen u.  
stark. Verschlei-  
mung Sedet wirksame  
Hilfe durch Reichs echte  
Asthmatropin, berühmt  
durch ihre Wirkung. Jähr-  
lichende Erfolge. 14. 7. 50.  
**Otto Reichel,**  
Berlin 46 SO, Eisenbahnstr. 4.

**Kupfer**  
**Messing**  
**Zinn**  
Sämtl. Metalle  
**Quecksilber**  
**Platin**  
**Gold-,**  
**Silber-**  
**Abfälle**  
**Zahngelisse**  
kauft zu riesig  
**hohen Preisen**  
in unseren  
**6 Einkaufsstellen**  
**Metall-Zentrale**  
1. Brunnenstr. 11  
am Rosenthaler Platz  
2. Fennstraße 48  
am Weddingplatz  
3. Beusselstr. 29  
nahe der Turnstraße  
4. Bahnhofstr. 2  
Ecke Schönberger Str.  
am Anhalter Bahnhof  
5. Neukölln  
Kaiser-Friedrich-Str. 229  
nahe Hermannplatz  
6. Weidenweg 72  
am Ballenplatz.

**Großes Schauspielhaus**  
Sonntag, den 29. Februar, 2 1/2 Uhr  
Außer Abonnement  
**Drestie**  
Regie: Max Reinhardt  
Sauptrollen: Ernst Deutsch, Auguste Diaködy, Paul  
Hartmann, Ede Emma, Ferdinand Gregori, Walter  
Kedlich, Josef Klein, The Cabanis, Margarethe Kupfer,  
Karl Lange, Fritz Richard, Ludwig Körner.  
Preise der Plätze M. 11.30 bis M. 2.30. — Billets Theater-  
kasse, A. Weichsel und im Invalidentheater.

**Theater i. d. Königsgräber Str.**  
Sonnabend, 28. Februar, 7 Uhr:  
Sam. erstes Male:  
**König Nicolo**  
oder  
**So ist das Leben.**  
Schauspiel in 3 Akten von Franz Wedekind.  
Musik von Eduard Künneke.  
Regie: Carl Reinhardt.  
Schauspieler: Ludwig Hartau, Alice Verdon u. G.  
vom Staatstheater in Dresden, Ernst Dernburg, Frieda  
Richard, Paul Rehkopf, Robert Scholz, Hellmuth Bathe,  
Fritz Rassert, Otto Schiller, Rudolf Jäger.

**Eigene Schmelze — Direkte Verwertung**

**Höchste Preise**  
zahlt für

**Platin-**  
Tiegel: Schalen: Brennstoffe: Zahnstifte  
Schmucksachen: Blitzableiterspitzen

**Gold-**  
Barren: Medaillen: Schmuck: Zahngold  
Bruchgold

**Silber-**  
Barren: Medaillen: Abfälle  
Bestecke: Löffel

**Quecksilber**

Kupfer	Messing
Nickel	Zinn
Zinn	Aluminium
Blei	Silbernitrat (Muller- stein)
Geschirrzinn	Stanniolpapier
Flaschenkapseln	Glühstrumpfaasche

Gegr. 1903 **Metallkontor** Gegr. 1903  
Berlin SW68, Alte Jakobstr. 138  
(Hänelocher Tor)  
Telephon: Moritzplatz 128 58  
Geöffnet werktäglich von 9-4 Uhr  
Schnellste Erfledigung durch Postverordnungen,  
welche gewissenhaft und prompt erfolgen.

**Eigene Schmelze — Direkte Verwertung**

Kupfer bis 25.50, Messing bis 15.—, Blei bis 10.—,  
Zinn 9.—, Rotguss 23.—, Reinzinn b. 80.—,  
Weißmetall 30.— b. 35.—, Nickel 32.—,  
Aluminium 17.— b. 20.—, Metallspäne  
zahlt per Kilo, bei groß. Post mehr. **Metallschmelze**  
Mariannenstraße 24 an der Kottbuscher Brücke.  
Amt Mpl. 19558, Nebenanstell.  
Sendungen vds. eingehend werden **prompt erledigt.**

**Metallabfälle**  
Sie erzielen immer noch bei mir  
**die höchsten Tagespreise!**  
Genaueres Gewicht  
Reelle Bedienung  
**Quade, Schmidstr. 36**  
Ecke Neanderstr. (Koll.)  
Bitte genau auf Hausnummer achten!!

**Alt- u. Bruchmetall**  
Jeder Art kauft  
**A. Schäffer, Wittstocker Str. 19,** Osth.  
part.

**Sie haben einen Vogel**  
abgeschossen, wenn Sie Ihre  
**Metallabfälle und Altmetalle**  
nur an mich verkaufen. Zahle über den in  
den Tageszeitungen höchstinteressierten Preis.  
Höchste Annonce mitbringen.  
**Eisen- u. Metallgroßhandl. Willy Seyditz**  
Hauptgeschäft:  
Neukölln, Libardastraße 4. Telefon: 9405.  
Zweigstellen:  
Hermannpl. 4, Böhmische Str. 16 (in Richardpl.)  
Berlin, Schönhauser Allee 151.  
Größere Posten werden abgeholt.  
Post-u. Bahnsendungen werden prompt erledigt.

**Goldbruch u. Silberbruch**  
kauft zum **höchsten** Tagespreis  
**C. Käferle, Frankfurter Allee 277 I.**  
Sonnab. bis 4 Uhr nachmittags.

**Kupfer bis 25.50**  
**Messing „ 15.—**  
**Rotguss „ 19.—**  
**Blei „ 10.—**  
**Reinzinn „ 80.—**  
per Kilo, bei größeren Posten noch höher, zahlt nur  
**Metallschmelze Prinzessinnenstraße 17**  
neben Wertheim, am Moritzplatz.

**Metall-Ankaufsstelle**  
Stallschreiber-Str. 50/51  
zahlt für

**Kupfer per Kilo 23.— M.**  
**Messing 13.— „**  
**Blei 8.— „**  
**Zinn 7.— „**  
Geöffnet von 9-6 Uhr

**KUPFER**  
**25.00 Mark**  
**MESSING**  
**15.00 Mark**  
**Blei 10.00, Zinn 9.00,**  
**Gold-, Silber-Medaillen**  
**und andere Metalle sowie**  
**alte Gebisse kauft**  
2 Ankaufsstellen  
**Gottheim, Mariannenstr. 12**  
**und Schmidstr. 17a** gegenüber  
Schäfferstraße

**SOZIAL-FILM**  
G.M.  
D.H.  
**GERECHTIGKEIT!**

**Kupfer 25.00 M.**  
**Nickel 25.00 „**  
**Messing 14.50 „**  
**Blei 9.10 „**  
**Goldbruch und Silberbruch**  
Heuduck, Cöpenicker Str. 187, an der Moritzplatz 122  
für eigenen Bedarf. Telefon Moritzplatz 122

**Metalle bedeutende Preiserrhöhung**  
Platin-Zahngelisse, Zahn bis 75 Mark.  
Goldbruch und Silberbruch! Sal-  
peters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rot-  
guss! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn!  
Stanniolpapier! Zink! Blei! Flaschenkapseln!  
Schriftblei, Glühstrumpfaasche M. 100.— alle  
Metalle höchstzahlend  
**Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße**

**Kupfer 24.00-25.50 M.**  
Aluminium 20.00-21.50, Rotguss 20.00-23.00,  
Messing 14.00-15.50, Blei 8.00-9.00 per Kilo,  
Zinn 6.50-7.00, Zinn, Lagermetall kauft  
**Schlosserei NIEMANN,**  
Stallschreiberstraße 55, am Moritzplatz.

**Schafwolle 40.— bis 50.— M. pr. kg.**  
**Ziegenfelle 100.— bis 150.— M.**  
**Fuchs, Iffis usw., Rohhaar 30.— bis 40.—**  
**Matratzenhaare 10.— M. pr. kg.**  
**Kaninchenfelle bis 15 M. Autoschlächter**  
**15.— pr. kg. Strumpfwolle 25.— pr. kg.**  
kauft **Produktenhandlung Denn, Münzstr. 8.**  
Von Freitag 9.— bis Sonnabend 6.— Uhr geschlossen

**Alte Gebisse**  
auch zerbrochene, höchste Preise  
Je Alter, desto wertvoller. Ankaufsstelle im  
**Hotel Nordischer Hof, Zimmer parterre**  
Invalidenstr. 126, gegenüber Siedler Bahnhof.

**Die Zahneinkaufsstelle**  
Charlottenburg, Fritschestr. 46, v. II, an der  
Kantstraße (Bahnhof Charlottenburg)  
kauft täglich von 9-6 Uhr  
zu **höchsten Preisen**  
**alte Gebisse.**  
Pro Zahn nicht unter 15-20 M., Stützähne bis 200 M.,  
Kopfschädel die Hälfte. — Brandmaerle-Stütze  
nach Gewicht (Gramm 200 Mark).

**Briefmarken, Münzen**  
kauft **Grossmann, Johannistr.**  
Norden 106 21.

**Personen- und Last-Auto**  
Maunke, Vergaser, Zündkerzen,  
Belichtung in jedem Zustand zu kaufen schnell!  
**Berliner Stahlbrunnen, Berlin-Brandenburger**

**Lumpenfabrik S. Scheffelt**  
kauft **Schneiders** für jede Art Wollwollen Lumpen  
pro Kilo 3 bis 25 Mark  
Kl. Markstraße, 2. Kellert. 6287.

### Bedenkliche Auslegungsverfuche des „Vorwärts“.

Bei den Verhandlungen der Nationalversammlung ist von Regierungsseite wiederholt betont worden, daß die gesetzlichen Betriebsräte das Mindestmaß von Vertretungsbefugnissen der Arbeiter im Betriebe haben sollen, ohne weitergehende tarifliche Abkommen damit unwirksam zu machen, und es würde ja auch dem ganzen Tarifgedanken widersprechen, wenn der Gesetzgeber den Unternehmern verbieten wollte, mit ihren Arbeitern sozialere und bessere Vereinbarungen zu treffen, als sie in diesem Betriebsrätegesetz vorgesehen sind. Der Reichsarbeitsminister Schlichte hat auch ausdrücklich im Ausschuß und dann im Plenum am 14. Januar erklärt,

„weil alles flüssig ist, weil alles von der Entwicklung der Wirtschaft abhängt, sollen auch in dem Gesetz nicht zu enge Grenzen für den Aufgabekreis gezogen, sondern sollte die Möglichkeit geschaffen werden, unter fortgeschrittenen Verhältnissen in fortgeschrittenen Gegenden das Fortgeschrittene zu erhalten, in minder fortgeschrittenen Gegenden aber den Weg zur Entwicklung offen zu lassen, nur für das Unirrtene sollten Bestimmungen erfolgen.“

In Kreisen mit vorgeschrittener Arbeiterschaft und mit sozialpolitisch vorgeschrittenem Arbeitgebertum werden zweifellos weitere Aufgaben mit den Betriebsräten vereinbart werden können. Das will das Gesetz nicht verhindern, es will die Möglichkeit einer Weiterentwicklung durch Tarifvertrag schaffen.

Eine inhaltlich mit dieser Erklärung übereinstimmende Bestimmung ist auch in der Begründung zur Regierungsvorlage enthalten. (Siehe Kommentar Kuschauer, Anmerkung zu § 64.) Es bestand denn auch bisher kein Zweifel darüber, daß die §§ 62-64 (Sondervertretungen) den Weg offen lassen sollen, durch tariflich vereinbarte oder nach zu vereinbarenden Betriebsvertretungen einen Ersatz für die recht mangelhaften gesetzlichen Betriebsräte zu schaffen. In dem Artikel des „Vorwärts“ vom 17. November 1919 in aller Ausführlichkeit erläutert. Der „Vorwärts“ dagegen vertritt jetzt, den Arbeitern und Angestellten den Weg zur Schaffung besserer, tariflich vereinbarter Betriebsräte zu veriperrern. Der § 62 lautet:

Ein Betriebsrat ist nicht zu errichten oder fort zu bestehen, wenn seiner Errichtung oder seiner Tätigkeit nach der Natur des Betriebes besondere Schwierigkeiten entgegenstehen und auf Grund eines für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages eine andere Vertretung der Arbeitnehmer des Betriebes besteht oder errichtet wird.

Das Gesetz läßt also zwei Fälle offen, in denen abweichend von den gesetzlichen Bestimmungen Sondervertretungen geschaffen werden können:

1. Wenn nach der Natur des Betriebes der im Gesetz vorgesehene Aufbau des Betriebsrats auf besondere Schwierigkeiten stößt, wie z. B. im Baugewerbe.
2. Wenn auf Grund eines als verbindlich erklärten Tarifvertrages eine andere Arbeitnehmervertretung besteht oder errichtet wird.

Der „Vorwärts“ legt nun, gestützt auf den Kommentar von Dr. Flatau, den Hauptwert auf das Wörtchen „und“, um mit besonderer Sophisterei zu erklären, daß die unter 1 und 2 genannten Voraussetzungen zusammenzutreffen müssen, wenn die außerrechtlichen Betriebsvertretungen zugelassen werden kann. Damit würde mit einem Schlag, abgesehen vom Baugewerbe und Betrieben „besonderer Natur“, jeder tarifliche Ausbau der Betriebsver-

tretungen gewaltiam unterbunden. Gegenüber dieser arbeiterfeindlichen Auslegung des Gesetzes verweisen wir nochmals nachdrücklich auf die Erläuterung von Kuschauer, die in diesem Falle grundsätzlich auch durch den Kommentar von Schneider, dem Berichterstatter der Nationalversammlung, bestätigt wird. Schneider schreibt, nachdem er auf die Betriebe „besonderer Natur“ hingewiesen hat:

„Es ist aber auch allgemein zulässig, durch Tarifvertrag eine anderweitige Vertretung zu vereinbaren.“

Ganz abwegig ist es schließlich, wenn der „Vorwärts“ darauf hinweist, daß nach § 106 nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die vorhandenen Arbeiterräte, die bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zu bestehen aufhören. Die Begründung dieses Paragraphen mit den hier zur Debatte stehenden tariflichen Sondervertretungen ist die reinste Willkür. Der § 106 bezieht sich nämlich auf die bisherigen gesetzlichen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, sowie auf die durch die revolutionäre Arbeiterschaft selbst eingesetzten Betriebsräte. Es hat aber niemand daran gedacht, auch tariflich vereinbarte Betriebsvertretungen mit den ihnen zugesandenen Befugnissen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zu beseitigen. Die in einem vom „Vorwärts“ kritisierten Flugblatt der Berliner Gewerkschaftskommission vertretene Auffassung besteht also durchaus zu Recht: Die tariflichen Arbeitervertretungen sollen den gesetzlichen Betriebsräten in jedem Falle vorgehen. Es ist aber bezeichnend für das „Arbeiterblatt“ „Vorwärts“, daß es seine Aufgabe darin erblickt, durch willkürliche juristische Auslegungen die Arbeiter um den Rest ihrer Rechte zu bringen.

### Betriebsrätekongreß des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Leipzig.

Am Sonntag und Montag tagte im Großen Saale des Leipziger Volkshauses der 1. Kongreß der Betriebsräte- und Arbeiterausschüsse, den der Deutsche Textilarbeiterverband einberufen hatte. Panger-Leipzig hielt die Delegierten herzlich willkommen und sprach den Wunsch aus, daß die Beschlüsse der Plenarversammlung zur Durchführung kommen möchten. Der Verhandlungsleiter, Hermann Jädel, Berlin, eröffnete die Verhandlung, begrüßte zuerst die Gäste (vom Gewerkschaftsbund war Grafmann, vom Schneiderverband Schumacher-Berlin und als Referent Dr. Hilferding erschienen) und führte dann aus, daß diese Tagung den ersten Kongreß von Betriebsräten darstelle.

Als erster Referent nahm dann Dohmisch-Augsburg das Wort und führte in einem kurzen Rückblick aus, wie die Betriebsräte entstanden seien. Er ging in einigen Einzelheiten auf das Betriebsrätegesetz ein und verglich es mit den früheren Arbeiterrechten. Die Betriebsräte müßten vor allem in den Gewerkschaften verankert sein, um eine starke Organisation unter sich zu haben.

Von großer Bedeutung war ein Referat unseres Genossen Jekel. In langen, von großer Sachkenntnis und Beherrschung des Stoffes zeugenden Ausführungen behandelte er das Thema:

#### Das Betriebsrätegesetz und die künftige Arbeit der Betriebsräte.

Er begann mit dem Hinweis darauf, daß nur die Arbeiterschaft selbst den Kampf um ihre Befreiung mit Erfolg führen könne. Die Schaffung der Betriebsdemokratie sei der erste Schritt, zu ihrer Verwirklichung müsse die Arbeiterschaft nach wie vor ihre ganze Kraft einsetzen. Der Gewerkschaftsbund habe durch seine Unfähigkeit bei den Vorarbeiten für das Betriebsrätegesetz seine Pflicht schwer verletzt. Die Produktion müsse im Interesse des Gemeinwohles und nicht im Interesse des Profits gestaltet werden, dazu seien die Betriebsräte notwendig, die man

zu Organen der Revolution, zu Vorbereitungsorganen für die Sozialisierung umformen müsse. Wenn wir uns an der Wahl beteiligten, so tun wir es, um die Betriebsräte zu erobern und zu Kampforganen auszugestalten. Der Kongreß ging dann in längeren treffenden Ausführungen auf die künftige Tätigkeit der Betriebsräte ein und stellte fest, daß noch unendlich viel getan werden müsse, um aus den vom Gesetz beauftragten Organen, die nicht viel anderes als die früheren Arbeiterausschüsse bedeuten, wirkliche Betriebsräte zu machen. Seine Ausführungen gipfelten in einer Zusammenfassung der Stellung zum Betriebsrätegesetz durch eine entsprechende Resolution.

#### In der anschließenden Debatte

kam der Gegensatz zwischen den oppositionellen Gewerkschaftlern und denen der alten Richtung sogleich zum Ausdruck, da die Arbeiterfragen und die Behandlung der Revolutionsergebnisse, wie sie das Betriebsrätegesetz darstellt, nicht behandelt werden konnten, ohne die Tätigkeit der Regierung zu gefährden, die die alten Gewerkschaftler zu entschuldigen und zu führen sich verpflichtet fühlten. Dabei kam es all den Reden der Gewerkschaftler alter Richtung der verzweifelte Ruf nach Einigkeit. Die Gewerkschaftsbeamten, die den öffentlichen Arbeitererrat der Regierung trafen, fühlten sich allmählich so von den Arbeitern verlassen, daß sie wieder Anschluss suchten. Sie wollten dabei natürlich mit Einigkeit, daß die Arbeiter wieder regelmäßig zu ihnen zurückkehren sollen. Wie wenig die Arbeiter dazu Neigung verspüren, und daß sie all diesen Lockenden Einigungsanfragen nicht mehr folgen, zeigte der Umstand, wie lässig die Ausführungen des Reichsleiters des Gewerkschaftsbundes, Grafmann, aufgenommen wurden. Am Montag nahm der Kongreß das Referat von Dr. Hilferding über

#### „Kaufverträge, Ein- und Verkaufshandel, Rohstoffversorgung“

an. Genosse Hilferding begann seine Ausführungen mit einer eingehenden Darlegung der Ursachen, die zur Geldentwertung geführt haben. Während die Reichsbank früher nur festem Noten, jedoch Geldscheinen in Umlauf gesetzt habe, als erlenz Golddeckung dafür vorhanden gewesen sei, und sogar dann nur gegen Warenwechsel, gegen die Sicherheit bereits produzierter Ware, hat das Reich während des Krieges Reichsbankscheine ausgegeben, für die die Reichsbank Noten hergab, ohne an die Deckungsbestimmung gebunden zu sein. So wurden in die Zirkulation immer mehr Geldscheine gesipert, ohne daß diesen Geldscheinen Warenwerte gegenüberstünden. Durch den erhöhten Notenbestand fand nun auf der andern Seite eine Vermehrung der Kaufkraft statt, während auf der anderen Seite die Warenproduktion vermindert und die noch vorhandenen Waren durch den Krieg zerstört wurden. Die Geldmenge wurde größer, — die Warendeckung geringer, die Geldentwertung begann. Sie werde solange andauern, solange der Staat nicht versuche, für seine Ausgaben reale Sicherungsnahmen als Deduktion heranzuziehen.

Damit kam der Referent auf die schweren Verhältnisse kurz nach der Revolution zu sprechen. Es hätte sofort die jährlliche Erfassung und weitgehende Einziehung der großen Kriegsvermögen erfolgen und sogleich eine große Vermögenssteuer erhoben werden müssen. Statt dessen habe die Regierung, an jeder revolutionären Tätigkeit durch den Hemmschuh der Reichsleiter gehindert, auf die Nationalversammlung gewartet. Heute seien wir nun so weit, daß es die Kapitalisten geradezu zu einer Wissenschaft ausgebildet hätten, Geld ins Ausland zu schaffen. Ein großer Teil der im Krieges entstandenen und nach der Revolution dank der Neubelebung des Kapitalismus durch die Rechtssozialisten noch vermehrten großen Vermögen ist dort investiert. Die anderen beiden Ursachen für die Geldentwertung neben der verminderten

### 94 Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertrugen von Hermynia Zur Mühlen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten veranlaßte es nicht im geringsten, in Russland einzuwirken und das Volk seiner Freiheit zu berauben; er war gegen seinen Willen von den französischen Bankiers, englischen Grundbesitzern und den jungen Imperialisten Italiens dazu gezwungen worden. Der Präsident wußte wohl, diese Reaktionen seien korrupte Klassenreaktionen, doch waren sie ihm besser vorgekommen als die deutsche Regierung, weil das Volk über sie immerhin eine gewisse Kontrolle besaß. Außerdem mußte Amerika, mit Deutschland im Krieg liegend, jene Bundesstaaten retten, die sich dem gemeinsamen Vorgehen der Verbündeten unterwerfen, was schließlich die Kolise hatte, daß ein französischer General das Recht bekam, amerikanische Truppen nach Russland zu schicken. So kam es, daß in Archangel Amerikaner von Engländern und Franzosen beschützt wurden, die nichts für Sentimentalitäten und Wohlwollen übrig hatten, kein brüderliches demokratisches Ideal hatten, sondern als profitliche Leute vorstiegen, um ihre zehn oder fünfzehn Milliarden Dollars zu retten und eine fanatische Propaganda, die die Welt mit der Flamme der Revolution bedrohte, vom Angesicht der Erde zu legen.

Und nun kam ein armseliger unbekannter kleiner Sozialist daher und wollte den Plan, die Welt vom Kapitalismus zu sichern, vereiteln. Und dieser Kerl sagte, die Hoffnungen des Präsidenten hinsichtlich zu nehmen, den Offizieren Trost zu bieten, sich mit verräterischen, verführerischen Schurken zu verbünden, den Geist der amerikanischen Soldaten zu vergiften, die Fasel der Empörung in Brand zu legen! Genau, wie Jimmie Higgins sich einst in einer strategischen Lage befunden, da er ein ganzes Sommerheer aufgestellt und die Schlacht von Chateau-Thierry gewonnen hatte — so fand er sich jetzt wieder in einer wichtigen strategischen Stellung: an der Verbindungsstelle der Russen und angreifenden alliierten Heere und diesmal drohte er, die Verbindung abzuschneiden und die Armeen zum Niedergang zu zwingen!

#### V.

Es würde nötiger denn je, die mit dem Bolschewiki sympathisierenden zu entdecken und ihre Propaganda zu zerstören. Da das Jochen Jimmies nicht die gewünschte

Wirkung ergeben hatte, wurde er in eine Einzelzelle gebracht und auf eine Diät von Brot und Wasser gesetzt. Auch dies war eine Fort-Lebensworte-Probier für die Ausrichtigkeit der Gewissen. Dem Gewissen kann eine Diät von weisem Mehl und Wasser vielleicht beförmlich sein, doch hamerliche Jimmie gar bald, daß sie für Darm und Eingeweide äußerst schädlich sei — schädlicher als Wasser allein. Ein Mensch, der etliche Tage von weisem Brot und Wasser lebt, leidet gar bald entweder an einer völligen Verstopfung oder aber an heftigen Durchfall. Die Stärke vergiftet das Blut, wirkt schädlich auf das Nervensystem und er fällt bald der Tuberkulose, gefährlicher Blarunmut oder einer anderen Krankheit zum Opfer, die er nie mehr loszukriegen vermag.

Jimmie wurde also auf die Fort-Lebensworte-Diät gesetzt. Alle Gefangenen mußten gebadet werden. Dieser Befehl wurde von den Kerkerwächtern so ausgeführt, daß sie den Häftling mit eisigen Wasser begossen. Da Jimmie seine wunden Arme nicht geholtet, sich selbst abwusch, nahm Comor eine harte Bürste, tauchte sie in Seifwasser und rieb Jimmie die Haut vom Leib. Kamme Jimmie fort, so schrien sie ihn mit dem Wasserdruck, schrie er, so spritzten sie ihm Wasser in Mund und Nase, fiel er erschöpft zur Erde, so übergoßen sie ihn eine Viertelsunde lang mit eisigem Wasser.

Jimmie hatte in seinem armen Leben gar manche Drangsale erlitten, doch waren sie niemals gar so nahe auseinander gestanden. Sein Mut blieb aufrecht, Geist und Körper jedoch brachen zusammen. Halluzinationen und Visionen suchten ihn heim, der Abdruck der Nässe verließ ihn auch bei Tag nicht, oft verneinte er, gestoltert zu werden, wenn er bloß angefeuert war. So ging dies, bis eines Tages Berkins durch den Spalt lauschend, seltsame Töne hörte, Bellen, Amurren, tierische Laute. Er rief Comor und Grady, und alle drei hörten zu.

„Mein Gott!“ — rief Grady — „er ist wahnsinnig geworden.“

„Er ist verrückt!“ — meinte Comor. „Ubergelächert!“ — sagte Berkins. Dann aber fiel ihnen ein, er simuliere vielleicht bloß. Es mußte diesen Sendboten Satans leicht fallen, vorzugeben, sie seien von Teufel besessen. Sie warteten noch ein wenig, dann betrat Comor die Zelle, um Jimmie an die Kette zu legen und sah, daß der Gefangene die eigenen Fingerringe ansetzte. Dies war tatsächlich unheimlich und sie schrien um Gefängnisarzt, der auch sofort loslieferte, daß Jimmie Higgins wahnsinnig geworden sei. Er hielt sich für ein wildes Tier, das von einer Falle gefangen worden und versuchte, seine Fänge abzumachen, um entkommen zu

können. Er flüchtete die Zelle, sobald jemand in seine Nähe kam, und mußte mit Schlägen bestraft werden, damit man ihn in die Zwangsjacke stecken konnte.

#### VI.

So entkam Jimmie seinen Sentern. Nun weiß er nichts mehr von Kalentin, dem russischen Juden, könnte selbst, wenn er es wollte, das Geheimnis nicht verraten. Deshalb haben sie es auch angeheben, sein Gewissen weiterhin zu erproben, behandeln ihn gut und haben ihn eingeredet, er sei aus der Falle entkommen. Er ist ein zahmes Tier geworden, kriecht auf allen Vieren umher und frisst aus einer Blechschüssel, ohne die abgenagten Finger zu benutzen. Seine Gelenke schmerzen noch heftig, doch stört ihn das nicht mehr, wie ein Tier ist er sich bloß des augenblicklichen Schmerzes bewußt und weiß nicht, daß er auch morgen leiden werde. Er gehört nicht mehr zu jenen, die „in Vergangenheit und Zukunft blicken und sich nach dem sehn, was nicht ist“. Doch ist er ein „gutes Hündchen“, streckelt man ihm den Kopf, so reißt er sich an der freundlichen Hand und winselt lächlich.

Er gehört zu der großen Zahl jener Wahnsinnigen, deren Verstand die Gewissenprobe der amerikanischen Militärmajore nicht zu ertragen vermochte. Der arme verrückte Jimmie Higgins wird nie mehr die öffentliche Ordnung stören, Jimmies Freunde und Anhänger jedoch, die seine Geschichte kennen, sind rasend geworden, sind von einer Tollwut befallen, die für die Gesellschaft weit gefährlicher ist. In der sozialen Revolution, die an die Tore der großen weislichen Demokratie pocht, wird es Männer und Frauen geben, die wildbernde Bitterkeit besetzt, die jeder Gefahr trotzen und zu jeglicher Mordtat, sei sie noch so grausam, bereit sind, und die große weltliche Demokratie wird über die Geistesverfassung dieser Menschen staunen und nicht begreifen können, woher sie stammt. Die große Demokratie hat die Worte ihres größten Demofroten vergessen, die er als erste Mahnung während des Nordens und der Zerstörung des Bürgerkrieges gesprochen hat.

Gott will, daß der Krieg währe, bis aller Reichtum, den die Sklaven in unentlohneter Arbeit in zweiwundert- und fünfzig Jahren angehäuft haben, vernichtet ist, bis jeder Tropfen Blut, der unter Peitschenhieben floß, durch Wut bezahlt ist, das durch das Schwert vergossen wurde. Was vor dreitausend Jahren galt, gilt heute noch: Das Gesicht des Herrn ist wachsam und gerast!

Warenbedeckung seien das Defizit der Handelswirtschaft und das Defizit der Volkswirtschaft. Man sei es aber entscheidend, daß die Hebung der Produktion nicht erfolgen dürfe auf Kosten der Arbeiterschaft, wie es der sächsisch mehrheitssozialistische Arbeitsminister Geld in seinem Erlaß gegen den Wirtschaftstag versuche. Die Arbeiterschaft habe das Interesse, daß bei der Wiedereinrichtung der Volkswirtschaft nicht dieselben Einrichtungen wieder geschaffen werden, die zu ihrem Defizit geführt haben, sondern daß endlich mit der Umstellung der Produktion auf die Bedarfswirtschaft begonnen werde. Auf den immer wieder erhobenen Einwand, es seien nichts als Schulden zu sozialisieren, könne nur geantwortet werden, daß der ganze vorhandene Produktionsapparat der deutschen Volkswirtschaft ein ganz außerordentlich bedeutendes Aktivum darstelle. Die Sozialisierung sei ökonomisch durchaus möglich gewesen, weil das sozialistische Produktionssystem dem kapitalistischen überlegen sei durch die technische Rationalisierung und durch die Ersparung von Unkosten. Nicht aus ökonomischer Notwendigkeit, sondern an dem politischen Verhalten eines Teils der Arbeiterschaft sei die Sozialisierung gescheitert.

Wenn nun der gesteigerte Geldumlauf und die verminderte Warenbedeckung eine Aufblähung aller Preise erzeugen, so müsse die Arbeiterschaft darauf dringen, daß neben den anderen Waren auch

#### die Ware Arbeitskraft

besser bezahlt werde. Es müßten von Gesetzes wegen Lohnzuschläge festgesetzt werden, die der Preissteigerung entsprechen.

Der Referent schloß seine von dem Kongress mit größter Aufmerksamkeit angehörten Ausführungen mit dem Appell an die Betriebsräte, in den Betrieben alle notwendige Kleinarbeit zu leisten, dabei aber nie das große Ziel des Sozialismus aus den Augen zu verlieren.

Die Debatte brachte nichts Wesentliches. Ein Antrag, das Referat Hilferdings in Druck erscheinen zu lassen, wurde angenommen. Mit einem Hoch auf den Textilarbeiterverband schloß der Vorsitzende die Tagung.

Es wurden folgende

#### Resolutionen und Entwürfe

angenommen:

Eine Resolution, in der sich für fester Protest erhoben wird gegen die Schädigung der Arbeiterschaft durch Zeitungsverbote, Belagerungszustand und Schusswaffenbesitz; eine Resolution gegen die Anerkennung der gelben Organisationen als den freien Gewerkschaften gleichberechtigt durch den Reichsarbeitsminister Schilde; eine Resolution gegen den von der Regierung zugunsten des Unternehmens eingeleiteten Kampf gegen den Wirtschaftstag; ein Antrag, die von der Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände herausgegebene Zeitschrift „Der Betriebsrat“ auch für die Betriebsräte der Textilarbeiter zu abonnieren; endlich eine Resolution, die sich mit der Stellung des Kongresses zum Betriebsrätegesetz befaßt und an die Verbandsleitung die Forderung richtet, sofort die Vorbereitungen für die Betriebsratswahlen im umfassendsten Maße einzuleiten.

Der Kongress war nach den Feststellungen der Mandatprüfungskommission von 869 Delegierten und Gästen besucht, davon waren 200 Betriebsräte.

## Betriebsräte.

### Angestellten- und Betriebsrätewahlen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Unter dieser Überschrift bringt die Nr. 50 der „Freiheit“ die Veröffentlichung einer Erklärung, die die Wiederholung des Antrages bedeutet, der in der Afa-Delegiertenversammlung am 23. Februar gegen die Stimmen der 8 Antragsteller, also mit überwältigender Mehrheit, abgelehnt worden ist. Wir müssen uns mit Entschiedenheit dagegen wenden, daß durch die Veröffentlichung einer solchen „Erklärung“ von einigen Führern der Versuch gemacht wird, die Afa-Parole zu durchbrechen und Verwirrung in die Kreise der Angestellten zu tragen. Wir betonen erneut, daß für den Zentralverband der Angestellten nur folgende Afa-Parole Geltung hat:

- Kampf für die Gleichberechtigung in der Produktionsfabrik.
- Kampf für die Durchführung der Sozialisierung.
- Kampf gegen den kapitalistischen Betriebsabsolutismus.
- Kampf gegen „Gewerkschaftsbünde“ und sonstige Harmonisierungsvereine.

Das Eintreten für die reiflose Betriebssozialität gebietet es, unter Ausschaltung jeder politischen Zerklüftung einheitsliche Afa-Kräfte für die Angestellten oder mit den Arbeitern zusammen freigewerkschaftliche Listen aufzustellen. Jede Gemeinschaft mit politischen Listen ist abzulehnen.

Wir erwarten von allen unseren Mitgliedern höchste Disziplin. Jeder Einzelne soll sich vor Augen halten, daß es in dieser Frage keinen Kampf in der eigenen Organisation geben darf, sondern daß der Kampf gegen die gelben Gewerkschaftsbünde und die Unvernünftigen geführt werden muß, damit ein wirklich fruchtbares Arbeiten im Interesse der gesamten Angestellten und Arbeiterschaft innerhalb der Betriebe ermöglicht wird.

Die engere Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Berlin, war einstimmig der Meinung, daß die Handlungsweise der Untersigner der Erklärung als eine organisationschädigende zu bezeichnen ist. In gleicher Weise zu beurteilen ist auch das Vorgehen einiger Mitglieder der Gewerkschaftskommission, die ihr eben übernommenes Amt dazu mißbrauchen, die gewerkschaftliche Arbeit ihrer Organisation zu stören. Die Stellungnahme der engeren Ortsverwaltung wird der Öffentlichkeit zeigen, daß die große Mehrheit der Mitgliedschaft dieses Vorgehen verurteilt.

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Angestellten.  
Bezirk Groß-Berlin.

## Aus der Par'epresse.

### Die neue Nummer der „Freien Welt“.

Die neue Nummer der „Freien Welt“ bringt zum 30. Geburtstag unseres unvergesslichen August Weber als Titelbild die letzte Aufnahme des Verstorbenen. Die aktuellen Bilder vom Tage zeigen das Wüten des Weißen Schreckens in Ungarn, die 3. Tagung des Internationalen Arbeitsamtes, das verlorene Nordschleswig, die Abstimmungspropaganda dort oben, die Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten vor ihrer Schließung und vieles andere. Die Entlohnung des Luftverkehrs und des Reisefluges behandelt ein reich illustrierter Artikel. Eine Novelle „Ein Paar blaue Seidenstrümpfe“, eine Landzeit über den Welthandel, keine Notizen ergänzen den unterhaltenden Teil, zahlreiche Karikaturen beleben die Nummer.

Preis des Heftes 20 Pf., vierteljährlich 3,20 Pf.

## Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 25. Februar.

### Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Regelung des Prostitutionswesens.

Der Landesversammlung lag ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik vor, worin gefordert wird:

Die Staatsregierung wolle die Reichsregierung veranlassen, zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und zur Regelung des Prostitutionswesens mit möglicher Beschleunigung einen Gesetzentwurf nach folgenden Gesichtspunkten vorzulegen:

Es folgen nun ausführliche Richtlinien, in denen Verwaltungsstellen und Pflegeämter an Stelle der polizeilichen Reglementierung gefordert werden. Neben die Behandlungspflicht tritt das Recht für alle Kranken auf Behandlung, allerdings auch die unerläßliche Voraussetzung, die Anzeigepflicht. Die Ärzte werden verpflichtet, eingehende Befehlungen an die Patienten zu erteilen. Dann folgen Behandlungsvorschriften, wobei Fernbehandlung usw. untersagt werden. Personen, die gewerbsmäßig Ungeheuer treiben, sollen gezwungen sein, einen Gesundheitsnachweis zu liefern. Schließlich sollen eine große Anzahl Strafbestimmungen für leichtfertiges oder gewissenloses Verhalten festgesetzt werden. Ob zwar die ganze Vorlage im Ausschuss für Bevölkerungspolitik einstimmig angenommen worden war, traten bei der Behandlung im Plenum doch große Reinigungsverschiebungen zu. Der Hauptstoß richtete sich gegen die Anzeigepflicht. Man glaubt, dadurch viele Kranke abzuhalten, sich behandeln zu lassen. Die rechtsstehenden Parteien möchten auch die polizeiliche Mitwirkung nicht missen. Schwere Bedenken äußerte insbesondere der Volksparteiler Stenbel gegen die vorgeschlagenen Strafbestimmungen.

Unser Redner

#### Genosse Dr. Wepl

führt etwa folgendes aus:

Es handelt sich nur um Richtlinien, die mit der Nationalversammlung an die Hand geben wollen. Das Problem als solches muß grundsätzlich behandelt werden. Erst wenn der Nährboden für die sozialen Geschwüre, die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigt ist, kann auch hier von einer aussichtsreichen Bekämpfung gesprochen werden. Das läßt sich nicht von heute auf morgen erreichen, deshalb müssen wir uns damit begnügen, wenigstens durch Annahme der Richtlinien einen Schritt vorwärts zu tun. Allerdings wollen die Demokraten und das Zentrum die Vorlage dadurch völlig entwerten, daß sie die Anzeigepflicht herausnehmen wollen. Kennzeichnend ist, daß es gerade Ärzte waren, die im Ausschuss gegen die Anzeigepflicht kämpften. Diese besteht in verschiedenen anderen Ländern und hat sich bestens bewährt.

Die polizeiliche Reglementierung dagegen hat völlig versagt. Und doch ist vom Vertreter des Ministers des Innern der Standpunkt eingenommen worden, die Sittenpolizei könne nicht von der Kriminalpolizei und Sicherheitspolizei getrennt werden. Man scheint die unglücklichen Geschöpfe, die der Sittenpolizei unterliegen, zu unsauberen politischen Zwecken,

als Spitzel und agents provocateurs,

auch fernrhin mißbrauchen zu wollen.

Die Anzeigepflicht ist notwendig, wenn die Behandlungspflicht wirksam durchgeführt werden soll. Es sollen dabei keine Klassenunterschiede gemacht, kein Ausnahmegesetz gegen die Armen geschaffen werden. Wir stehen ja auf dem Standpunkt, daß

eine allgemeine gleiche Anzeigepflicht

an ein zum strengsten Stillstehen verpflichtetes Gesundheitsamt einzuführen ist. Nur wenn dieser wichtige Bestandteil der Vorlage eintreffend wird, dürfen wir behaupten, einen wichtigen Schritt vorwärts getan zu haben zur Bekämpfung einer der furchtbarsten Gefahren der Menschheit. (Beifall links.)

Der Gesamtantrag des Bevölkerungsausschusses wurde einstimmig angenommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, den Schwerverletzten im Staatsdienst einen gesetzlichen Anspruch auf Beschäftigung zu gewähren.

## Gewerkschaftliches.

### Vertrauensmännerversammlung der Berliner Holzarbeiter.

Eine allgemeine Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Berlin, nahm am 24. d. Mts. in der Neuen Welt einen Bericht des Bevollmächtigten Siegel über die beigelegten Differenzen im Holzgewerbe entgegen. Durch ein vom Reichsarbeitsministerium eingeleitetes Schiedsgericht wurde am 20. Januar d. J. der Reichsarbeitsvertrag für die Holzindustrie zum Abschluß gebracht. Die in dem Schiedspruch vorgezeichneten Lohnzuschläge wurden von den Unternehmern willkürlich gezahlt. Nachdem aus diesem Grunde in einigen Berliner Betrieben die Kollegen die Arbeit niedergelegt hatten, kam eine Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisation zustande. Das Verhandlungsergebnis ist von der Ortsverwaltung in Nr. 47 der „Freiheit“ vom Sonntag, den 22. d. Mts., bereits veröffentlicht worden.

Nach kurzer Debatte stimmte die Vertrauensmännerversammlung dieser Vereinbarung mit circa 2000 gegen 12 Stimmen zu, nahm jedoch mit demselben Stimmenverhältnis nachfolgende Resolution an:

„Die Berliner Holzarbeiter sind von den beiden im Reichsarbeitsamt gefällten Schiedsprüchen über ihre deckten Forderungen und die Lohnfrage durchaus nicht befriedigt. Von der Schiedskonferenz hätten sie erwartet, daß sie beide Schiedsprüche abgelehnt hätte. Da aber durch beide Parteien im Reichsarbeitsamt die Annahme der Schiedsprüche ausgesprochen wurde, und damit die Rechtsverbindlichkeit für die Mitglieder beider Vertragsparteien eingetreten ist, erklären die Berliner Holzarbeiter, trotz ihrer grundsätzlichen Opposition zum Reichsarbeitsvertrag, daß sie diesen als notwendiges Übel hinnehmen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß sie nunmehr glauben, die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit ließen sich am Verhandlungstische ausgleichen. Die Zeit des Vertragsverhältnisses soll vielmehr ausgenutzt werden, die Organisation auszubauen und die Kollegenchaft im Sinne des revolutionären Klassenkampfes aufzuklären und zu erziehen.“

Nachstehender Antrag der Russinspremierentende wurde von Dorn begründet:

„Die jetzt geschlossenen Anwerbsjahre für die streikenden Verbandskollegen sind von der fünfsten Streikwoche um ein Drittel, die der weiblichen und jugendlichen Mitglieder um ein Viertel der bisher gezahlten Höhe zu erhöhen.“

Der Antrag wurde ohne Debatte der Verwaltung zur Genehmigung überwiesen. Zur Deduktion dieser Rechtsansprüche empfiehlt die Versammlung, jetzt einen Extrabeitrag von 2 M. statt der bisherigen 1 M. pro Woche zu zahlen.

Die Versammlung nahm dann ein Referat eines Vertreters der Betriebsräte-Kentrale entgegen. Der Referent führte aus, daß, wenn wir auch das Betriebsräte-Gesetz im Prinzip ablehnen, weil es ein Gesetz zur Umdeutung der arbeitenden Klassen ist, so müssen wir uns doch an den bestehenden Rechtszustand halten.

Allerdings steht die Kontrolle der Betriebsräte auf dem Standpunkt, daß die Betriebsräte neben den wirtschaftlichen auch politische Aufgaben zu erfüllen haben. Wir können daher bei der Wahlen nicht freigelegte politische Listen aufstellen, sondern nur werden an die Wähler mit Listen der revolutionären sozialistischen Betriebsräte herantreten.

Wenn im „Vorwärts“ jetzt behauptet wird, wir hätten durch diese Parole den Keil zur Spaltung in die Gewerkschaften getrieben, so ist das eine bewusste Fäulnis. Der Bezirksverband Groß-Berlin der S. P. D. hat Flugblätter herausgegeben, die zur Umstellung von S. P. D.-Listen aufzuredern, bevor die U. S. P.-Fraktion der Gewerkschaftskommission come in am mit der Betriebsräte-Genrole dazu Stellung genommen hatte.

Nur durch Zusammengehen aller revolutionären Hand- und Kopfarbeiter wird es möglich sein, dem Betriebsrätegesetz einige Stützpunkte auszubauen. Unsere Wahlparole lautet: Wegen der Arbeitergemeinschaften für die sozialistisch-revolutionären Betriebsräte. (Starker Beifall.)

### Der Streik in der Damenwäschebranche beendet.

In der am 25. Februar d. J. stattgefundenen Versammlung der Streikenden erklärte Salewsky Bericht über die vor dem Schlichtungsausschuß gepflogenen Verhandlungen. Die Arbeitgeber verlangten zunächst bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, um dann über die gestellten Forderungen zu verhandeln. Die Streiknehmervertreter erklärten sich dazu bereit. Sofern eine feine Einigung erzielt werde, sollten sich beide Parteien dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums unterwerfen. Die Arbeitgeber lehnten diesen Vorschlag, welcher schon einmal gemacht worden ist, wiederum ab und beharrten auf ihrem Standpunkt. Der Schlichtungsausschuß entschied, daß der beiden Parteien aufgegeben wird, binnen 48 Stunden in Verhandlungen einzutreten. Die Arbeitgeber hatten nun beschlossen, daß die Arbeit am Donnerstag, den 28. Februar, von sämtlichen Arbeitnehmern aufgenommen werden sollte und, falls in den stattfindenden Verhandlungen keine Einigung erzielt wird, der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums für beide Parteien bindend sein soll. Die Streikenden stimmten dem Vorschlag zu und beschlossen die Wiederaufnahme der Arbeit am heutigen Donnerstag.

In der Diskussion wurde bedauert, daß die Heimarbeiterrinnen der Bewegung zu wenig Beachtung geschenkt haben und ausgesprochen, daß es doch Arbeiterfrauen sind, deren Männer schließlich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch und schließlich als Frauen auch selbst politisch organisiert sind und sich trotzdem nicht entschließen können, als Heimarbeiterrinnen ihrer zuständigen Gewerkschaft beizutreten.

Die Auszahlung der Streikunterstützung findet am Sonnabendvormittag von 2-5 Uhr im Verbandsbureau, Sebastianstraße 37/38, statt.

### Streik der Mühlenarbeiter.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß, und zwar nicht durch die Verbandsleitung, sondern durch eine Korrespondenz erfahren, haben sich die Berliner Mühlenarbeiter durch Abstimmung gegen den Schiedspruch erklärt und sind gestern früh in den Streik getreten.

### Tarifbewegung im Versicherungsgewerbe.

Bei den gestrigen Verhandlungen vor dem vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schlichtungsausschuß kam zunächst die Frage der Leistungsfähigkeit der Versicherungsgesellschaften zur Sprache. Zu bemerken ist noch, daß der Arbeitgeberverband auch in diesem Termin wiederum nicht vertreten war. Nachdem dann das gesamte Material besprochen war, trat der Schlichtungsausschuß abends wieder zusammen, um seine Beratungen über den zu fällenden Schiedspruch zu beginnen. Die Fällung des Schiedspruchs wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages spätestens jedoch Freitag vormittag 10 Uhr erfolgen.

### Achtung! Generalversammlung der Maser.

In der Mittwoch-Morgenausgabe des „Vorwärts“ werden die S. P. D.-Mitglieder des Verbandes der Maser, Badischer usw., aufgefordert, vollständig an der am Donnerstag, den 28. Februar, im Gewerkschaftshaus stattfindenden Generalversammlung teilzunehmen. Die Reichssozialisten können es immer noch nicht verschmerzen, daß sie unter den Masern und Badischen keinen großen Anhang mehr haben. Der Versuch ist der Versuch, alles daran zu setzen, die Zeitung wieder in ihre Hände zu bekommen. Dieser Versuch wird an dem Willen des größten Teiles der Mitglieder scheitern. Es ist aber nötig, um gegen alle Überredungen sicher zu sein, daß auch unsere Genossen die Versammlung vollständig besuchen. Das Mandat der Reichssozialisten muß unter allen Umständen erfolglos bleiben. Auf der Tagesordnung der Versammlung steht: Abstimmung über den neuen Tarifvertrag; Bericht des Vorstandes und Neuwahlen. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist für unsere Genossen unter allen Umständen nötig.

### Die Vorstandswahlen im Angestelltenverband.

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Angestellten (Bezirk Groß-Berlin) vom 15. Februar hat folgende Wahlen vorgenommen: 1. Vorsitzender Hugo Cohn, 2. Vorsitzender Max Schröder, 1. Schriftführer Clemens Köppl, 2. Schriftführer Fritz Nader, 1. Kassierer Max Wehland, 2. Kassierer Hermann Gnohl, Geschäftsführer: Karl Bauer, Karl Publik, Fr. Schmidt, Revisionen: Fritz Finf, Gustav Müller, Otto Roslag, Wilhelm Schüler, Wilhelm Schula, Gewerkschaftskommission: Karl Bauer, Eke Beck, Robert Hensel, Wilh. Doffe, Felix Dirsch, Wilhelm Lange, Afa-Kommission: Fritz Bender, Karl Publik, Erich Jorant, Louis Fleck, Ludwig Ulmer, Clemens Köppl, Wagn. Müller, Statuten-Beratungskommission: Paul Bornemann, Wilh. Denker, Hermann Grief, Robert Hensel, Clemens Köppl, Marg. Philipp, Theodor Silbermann.

Angestellten-Ausführungsmittel und Funktionäre der Gruppe 3a (Kriegsorganisationen). Die für Donnerstag, den 28. d. Mts. festgesetzte Versammlung im „Kolonier“, Anhalterstraße 11/12, wird auf Donnerstag 4 Uhr nach den Sophienböden, Sophienstr. 17/18, verlegt.

Die Vertrauensmännerversammlung der Maser und Badischer am vergangenen Dienstag erzielte eingehend den neuen Reichsarbeitsvertrag. In der sehr regen Aussprache plädierten die Meinung über den Tarif hart auseinander. Mit knapper Mehrheit wurde schließlich beschlossen, daß über Annahme oder Ablehnung des neuen Tarifes die Mitglieder durch Abstimmung entscheiden sollen.

Änderung des Tarifes der Vertreter. Mit der Kündigung des Tarifes und der Auflösung der neuen Forderungen beschäftigte sich am Dienstag eine Versammlung der Vertreter. Geordert werden u. a. ein 6-14tägiger Urlaub, ein Stundenlohn von 6-5,50 M., eine Nebenverdienstschädigung von 75 Proz. für Sonntagsarbeit ein 100proz. Zuschlag für Auslöser ein Wochenlohn von 180 M. und ein Überstundenzuschlag von 50 Proz. Nach kurzer Aussprache, in der unbedingtes Bestehen an den Forderungen verlangt wurde, fand der Entwurf die Zustimmung der Versammlung.

Nichtigstellung. Vom Deutschen Transportarbeiter-Verband werden wir gebeten, bezüglich der Kolb vom Sonnabend, den 21. Februar, den Brief in der Pianofortfabrik von Richard Geyer, Treutler, Eisenstraße 10 betreffend, folgendes berichten zu wollen: Es trifft nicht zu, daß durch den Verein der Instrumentenmacher im genannten Betriebe Streikaktivität betriebl. wurde, sondern richtig ist, daß diese Arbeit von den Fabrikarbeitern übernommen wurde.



# Wichtige Mitteilung für alle Leser der „Freiheit“

**Guthheim** die die Leser der „Freiheit“ für ein Gratifyroblet.

Alle Leser der „Freiheit“ erhalten gegen Einzahlung des nebenstehenden Guthheims ein Gratifyroblet der rühmlichst bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Diefelbe bringt von einer der interessantesten gemeinverständlichen Abhandlungen aus allen Wissensgebieten. Jedes Heft enthält circa 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Nachkriegszeit.

Wenn die Erde ergrübelt. — Wie erhalte ich mich gesund? — Der Wille und dessen Wirkung. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Beschwundene Städte in der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Außerdem erhält jeder Abonnent eine große illustrierte **Hausbibliothek gratis** und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke. Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 45 Pf. pro Heft festgesetzt.

Verlag von „Welt und Wissen“ Berlin-Schöneberg, im Vorl. 11. Es bestellst du hiermit ein Gratifyroblet kostenfrei. Name: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

**Kupfer 25.50, Messing 15.00, Blei 10.00, Zink bis 7.20**  
bei größeren Posten mehr, zahlt

**Metall-Einkaufs-Zentrale,**  
Moritzpl. 135 80. **Kottbuser Damm 66.** Moritzpl. 135 80.  
(Hermannplatz.)

**Basch & Buczowski**  
Zentr. 7119 Friedrichstr. 68 Zentr. 7119

In **24 Stunden** wird **Herren- und Damen-Garderobe chemisch gereinigt.**

Abholung und Zusendung kostenlos!

**Spezial-Behandlung**  
v. Geschlechts, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. varizelte, hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Uria- und Blunterentzündung, Licht- und Finstern-Behandlung, Schnell, sicher, ohne Berufsstörung, Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. **Arztliche Heilanstalt Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.**

**Spezial-Arzt** für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell varizelte, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Uria- und Blunterentzündung, ... Separates Damenzimmer. **Erste und älteste Heil-Anstalt Löser Dir.: Löser senior. Dr. Skottli**  
Rosenthaler Straße 69-70, Ecke Lindenstraße, am 10-11.

**Spezialbehandlung** für Haut- und Geschlechtsleiden

**C. Weissert, Ecke Bergstr.**  
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung

Sprechstunden 10-12 und 4-5, Sonntags 10-12

**Schreibmaschine**  
sofort zu kaufen gesucht. Nur privat. Schriftliche Angebote mit Preisangabe und Beschäftigungszeit erbeten an die Expedition dieser Zeitung unter E. 31.

**Offene Stellen**

**Kauf- und Maschinenmeister**  
sehr wichtiger und verlässlicher Kraft, mit sämtlichen Maschinensystemen vertraut, gegen sehr gute Bezahlung von Briefvermittlung in Wien gesucht. Geil. Offerte an Papierwarenfabrik VII, Seldenzasse 42.

**Botenfrauen stellt ein:**

Spezialisten: **Döring, W. 17, Steinmetzstraße 23**  
**Spickermann, Pankow, Mühlentor 20**  
**Sinner, Skuller Str. 101**  
**Wegut, Schöneberg, Göttenstraße 40**  
**Lenke, Alie Jakobstrasse 41a**  
**Waldmann, Platanenstr. 121V**  
**Wilde, W. 11, Schwarzthorstraße 57**  
**Kahl, Obersiedelwäldchen, Bismarckstraße 26**  
**Köhneke, Cölln, Kobern-Argentin-Allee 37**  
**Storck, Cölln, Koenigs-Eisenbahnstraße**

**Genossin, flotte**  
Stenographin und Maschinenschreiberin sucht Anstellung als **Privatsekretärin oder Beschäftigung im Parteilbüro oder dgl.**  
Antrag erbeten unter D. L. 31 an die Expedition d. Blattes.

**Junges Mädchen,**  
schöngewandert, und mit hervorragenden Kenntnissen in der Buchführung, sucht Anstellung als **Privatsekretärin oder Beschäftigung im Parteilbüro oder dgl.**  
Antrag erbeten unter D. L. 31 an die Expedition d. Blattes.

**Spezialarzt**  
Herren- und Frauenleiden, Blunterentzündung, Salvarsan-Kuren, Schnell, sichere, schmerzfreie Heilung, ohne Berufsstörung. **Dr. E. Löser, Moritzplatz 135, Kottbuser Damm 66.**

**Platin höchste Preise**  
**Zahngelbisse bis 3000 Mark**  
jedoch pro Zahn nicht unter **21 M.**

**Gold-, Silber- u. Schmucksachen**  
Gebrauchsgegenstände sow. Bruch

Kooperationslose Preise

**Pilz, Alte Schönhauser Strasse 19, II.**  
Geschäftszeit von 9-5 Uhr

**Kupfer 24.-**  
**Messing 14.-**  
**Blei 9.50**  
**Zink 7.-**

**Metallankauf**  
Neue Jakobstrasse 20  
Kommandantenstr. 77-78  
Fernruf: Zentrum 5706  
Größt. Posten werden abgeholt.

**Alt-Metalle**

Kupfer per Kilo 25.- M.  
Rotguld " 21.-  
Messing " 13.50  
Blei " 10.-  
Zink " 7.50  
Quacksilber " 135.-

**Metall-Einkaufsstelle**  
Lethaler Straße 25  
(King. Argermünder Str.)

**Kupfer bis 24,50**  
**Messing „ 14,50**  
**Blei „ 9,-**  
**Zinn b. 35,-, Zink b. 7,-**  
etc., pro kg

**C. Wilke**  
Stallschreiberstr. 45 Laden

**Achtung! Achtung!**

Kupfer p. kr. 24.- M.  
Rotguld .. 22.-  
Messing .. 14.-  
Blei .. 9.-  
Zink .. 7.-

**Richard Geerke,**  
Neukölln, Pflanz-Handlerystr. 29

**Kupfer kg 25.00 M.**  
**Messing kg 15.00 M.**  
**Blei . kg 10.00 M.**  
**Zink . kg 7.50 M.**

**H. Samuelsohn**  
BERLIN SO 26  
Naunynstraße 38  
an der Oranienbrücke,  
Amt Moritzplatz 4900.

In der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ s. G. m. b. H., Abteilung Buchhandel, Berlin C2, Breite Straße 8-9, ist soeben erschienen:

**GESETZERKLÄRUNGEN FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE HEFT I**

**DAS GESETZ ÜBER BETRIEBSRATE mit Wahlordnung u. Anhang**

Erläutert von S. Aufhäuser

ca. 96 Seiten / 7. Auflage / Preis 4 Mk.

Die Schrift enthält neben eingehenden Erläuterungen über die einzelnen Paragraphen eine Reihe geschichtlich. Dokumente zur Entwicklung der Rätefrage in Deutschland, sowie ein wertvolles Vorwort, das die Entstehungsgeschichte sowie die Bedeutung des Betriebsratengesetzes eingehend behandelt. Eine bes. übersichtliche Anordnung des Textes erhöht den Wert dieses für jeden Arbeiter und Angestellten unentbehrlichen Nachschlagewerkes.

**DIE WAHLORDNUNG**  
kann auch besonders bezogen werden zum Preise von 50 Pfennig

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ s. G. m. b. H., Abteilung Buchhandel, Berlin C2, Breite Straße 8-9

**Lumpen bis 30 M. das Kilo**  
Stoffe, simil. Puttersachen, Hemdentuche, Gurte

**Stecher, Rosenthaler Straße 16-17, Norden 4831**

**Alte Zahngelbisse**  
pro Zahn 15.- bis 18.-

**Platin, Brennspitzen, Kontakte, Tiigel usw.**  
**Goldbruch + Silberbruch**  
kauft zu höchsten Tagespreisen

**A. Unger**  
Alte Schönhauser Str. 14-15, Uhren-Laden

**Alte Gebisse**  
auch zerbrochen, bis 3000 M.  
Einzeln Platinstiftzähne von 20.25 bis 200 M.  
auch nicht unter 20.25 M. pro Zahn.

**PLATIN-**  
Brennstifte,  
Kontakte usw. bis 300 M. pro Gramm.  
Gold- u. Silbergeräte, Schmucksachen und Juwelen kauft zu den höchsten Tagespreisen täglich von 9 bis 8 Uhr

**J. Herz, Fahrbelliner Str. 52**  
Vorderhaus Rechts parterre  
Sonntagabend nur von 6-8 Uhr abends.

**Verband der Gaffer und Portefeuliers.**  
Ordnungsamt Berlin.

**Donnerstag, den 26. Februar, abds. 7 Uhr**  
Fortsetzung der

**Generalversammlung**  
vom 10. Februar 1920 in H. Boeckers Festsaal, Weberstraße 17.

Zugendordnung: 1. Wahlzettel, 2. Jähresbericht des Vorstands; a) des Vorstands; b) des Kassierers; 3. Darlehen; 4. Rechnung; a) der Ordensmitglieder; b) der Mitglieder der Ausschüsse; c) der Mitglieder der Ausschüsse; d) der Mitglieder der Ausschüsse; e) der Mitglieder der Ausschüsse.

Die Ordnung der Arbeit ist in der Tagesordnung zu finden. Die Mitglieder sind gebeten, pünktlich zu erscheinen. Die Mitglieder sind gebeten, pünktlich zu erscheinen.

**Die Ortsverwaltung.**

**Zentralverband der Glaser**  
Zahlreiche Berlin.

**Montag, den 1. März, abends 7 Uhr**  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gensersaal.

Zugendordnung: Die Mitglieder sind gebeten, pünktlich zu erscheinen.

**Schnellaufbohrer,**  
Schnellaufbohrer kauft  
Schwefelgelb, sämtliche  
neue Werkzeuge, kauft zu  
allerhöchsten Tagespreisen  
Menschel, Moabit, Rostocker  
Str. 22, Ecke Wittstocker Str.

**Schnellaufbohrer kauft**  
lanfend jeden Posten, sehr  
hohe Aufschläge auf Verbands-  
liste. Friedrich Morgenstern,  
Lichtenberg, Weichstr. 15,  
Telephon Alex. 1207

Überbiete jede Konkurrenz im Ankauf von

**Goldbruch Silberbruch Platin**  
**Künstliche Gebisse**  
**Georg Wiegeleben**  
Reinickendorf  
Herbststraße 16

**Metalleinkaufsstelle**  
Ish. O. Kowalsky  
Neukölln, Schillerpromenade 73  
kauft

**Altmittel und Abfälle**  
über Tagespreis.

**Platin**  
kein Zahn unter 18 Mk.  
**Gold-, Silberbruch,**  
kauft zu Höchstpreisen

**S. Degen,**  
Linienstr. 77,  
in Neukölln, im Tel. Friedrichstr. 100

Garantierter Höchstpreis für Altmittel zahlt

**Franz Antczak,**  
Metall-Zentrale Wedd.,  
BERLIN N 39,  
Neue Hochstraße 38

**Kupfer ... per kg 25,-**  
**Messing ... 14,50**  
**Rotguld ... 18,-**  
**Blei ... 9,-**  
**Zinn ... 7,-**  
**Reinzinn ... 50,-**  
**Quecksilber 150,-**  
**Metalleinkauf**  
Schulhendorfer Str. 2.

**Elektrische Leitungsdrähte**  
Kabel - Litzen  
Dynamo- u. Kleinschleifdrähte  
kauft höchstzahlend

**Silbermann**  
Neue Königstrasse 32  
Fernruf: Alex. 2115

**Kupfer 24,-**  
**Messing 14,-**  
**Blei 8,75**  
**Zinn bis 70,-**  
**Zink „ 7,-**  
**Rotguld „ 17,50**  
**Lagermetall bis 30,-**  
per kg im Laden

**Driesener Str. 24**  
Ecke Schivelbeiner Str.

**Elektromotore**  
Gleichstrom u. Drehstrom  
kauft

**Ingenieurbüro Schlichting**  
Berlin W 9, Linkstr. 10.  
Tel.: Litzow 3705 und 3818

**Kupferleitungen, Kabel,**  
Litzen kauft Betzmann, Brandenburgerstr. 152.

**Zahngelbisse**  
pro Zahn 15.50 M. (Echtheit)  
**Gold- u. Silberbruch**  
**Bestecke u. Platin**  
Zahle über Tagespreise

**Feiwel, Neue Königstr. 38 v. III.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todesanzeige.**  
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß folgende Kollegen und Kolleginnen gestorben sind:

**Der Hobler**  
**Albert Kramski,**  
Neukölln, Friedelstraße 34, am 17. d. Mts. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Marendorfer Weg, aus statt.

**Der Schlosser**  
**Emil Dürrenfeld,**  
Kochhausstraße 20, am 20. d. Mts. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Anstaltungs-Kirchhofes Weissenhof, aus statt.

**Der Arbeiter**  
**Franz Gutsch,**  
Neukölln, Herzfurthstraße 3, am 21. d. Mts. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Friedhofes Hasenheide, aus statt.

**Die Arbeiterin**  
**Emma Seiffert,**  
Kesselstraße 38, am 23. d. Mts. Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Kirchhofes, Dariusstr., aus statt. Rego Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.**  
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß folgende Kollegen und Kolleginnen verstorben sind:

**Der Dreher**  
**Wilhelm Arend,**  
Libauer Straße 9, am 23. Januar 1920.

**Die Arbeiterin**  
**Frida Treige,**  
Charlottenburg, Kanalstr. 7, am 13. d. Mts.

**Die Arbeiterin**  
**Auguste Fischer,**  
Liberastr. 15, am 15. d. Mts.

**Die Kollegin**  
**Berta Schröder**  
am 17. d. Mts.

**Der Werkzeugschmied**  
**Martin Lobenstein,**  
Exerzierstr. 21b, am 19. d. Mts.

**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind:

**Der Industriearbeiter**  
**Willi Heitchen**  
am 22. d. M. im Alter von 19 Jahren.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. d. M., nachmittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Emma-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstr., statt.

**Der Hausdiener**  
**Walter Scholler**  
am 22. d. M.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreaskirchhofes in Weissenhof, Köllnstr., statt.

**Ehre ihrem Andenken!**  
Um rego Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

Am Dienstag, den 24. Februar, früh 5 Uhr, entschied sich sehr schwach, mit großer Geduld ertragend, **Leidende meine über alles geliebte Frau**

**Anna Schulz**  
geb. Wöhl

im 39. Lebensjahre.

In Hofer Trauer bittet um stilles Beifall

**Willy Schulz, Gastwirt,**  
Elisabethstr. 39, Restaurant Elisabethgarten.

Die Einäscherung findet Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 21. d. Mts. meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Anna Kuschmirder**  
an Grippe und Lungenentzündung im 47. Lebensjahre verstorben ist. Die Einäscherung findet am 26. Februar, abends 6 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Von Kranzspenden bitte Abstand zu nehmen. Dies zeigen im Auftritte an Gustav Kuschmirder, Gustav Kuschmirder und Ansehliche.

18. Distrikt, Bezirk 528 I A 1000

Am 21. 2. 20 verstarb die Genossin, Frau **Anna Kuschmirder** an Lungenentzündung. Ihre ihrem Andenken. Die Einäscherung findet am 26. d. Mts., abends 6 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr., statt. Kranzspenden verbeten. Um rego Beteiligung bittet Der Vorstand.

**Spiralbohrer, Felten,**  
Schmirgelstein, neu, kauft  
Rominger, Große Frankfurter  
Straße 91, vor II, nur nachm.

**Spiralbohrer, neu**  
neue Werkzeuge, kauft 10%  
über Tagespreis jede Menge.  
Schlossermeister, Charlottenburg,  
Kaiser-Friedrich-Str. 7.

**8. Distrikt, 7. Abt.,**  
Bezirk 3914

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß uns, Mitglied, der Buchdrucker **Willi Nebeling** Straußmannstraße 2, am 21. 2. 20 verstorben ist. Ihre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, am dem Friedhofe in Marzahn statt. Rego Beteiligung wird erwartet. Die Einäscherung findet am 28. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Straußmannstraße 44. Der Abolitionist.